

Cornelius Lehnguth

WALDHEIM UND DIE FOLGEN

*Der parteipolitische Umgang
mit dem Nationalsozialismus in Österreich*

Ludwig-Boltzmann-Institut für
Historische Sozialwissenschaft

campus

Waldheim und die Folgen



Ludwig Boltzmann-Institut für
Historische Sozialwissenschaft

Studien zur historischen Sozialwissenschaft
Band 35

Herausgegeben von Gerhard Botz und Josef Ehmer (Wien)
gemeinsam mit
Peter Becker (Wien)
Gabriella Hauch (Wien)
Timothy Kirk (Newcastle Upon Tyne)
Stein Ugelvik Larsen (Bergen)
Sheilagh Ogilvie (Cambridge)
Alexander von Plato (Hagen)
Irina Scherbakova (Moskau)
Susan Zimmermann (Budapest)

Cornelius Lehnguth, Dr. rer. pol., studierte in Leipzig Politik- und Kulturwissenschaften. Für seine Promotion verbrachte er 2007/2008 zwei längere Studienaufenthalte in Wien. Er ist derzeit als Hochschulreferent und Lehrbeauftragter an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main tätig.

Cornelius Lehnguth

Waldheim und die Folgen

Der parteipolitische Umgang mit dem
Nationalsozialismus in Österreich

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Publiziert mit finanzieller Unterstützung folgender Institutionen:

Zukunftsfonds der Republik Österreich

Axel-Springer-Stiftung

Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7)

Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft

Zukunftsfonds
der Republik Österreich

AXEL SPRINGER STIFTUNG



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 9783593398525

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2013 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Lektorat: Eva Brücker

Satz: Marion Jordan, Heusenstamm

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Einleitung	11
1. Forschungsinteresse	11
2. Nationalsozialismus und Gedächtnis als Forschungsgegenstand	13
3. Theoretische und methodische Zugänge: Gedächtnis und Generation	19
3.1. Gedächtnis, Narrativ und Geschichtspolitik	19
3.2. Generation und Situationsdeutung	23
3.3. Politische Generationen in Österreich	27
4. Fragestellungen und Hypothesen	53
5. Methodik, Quellen und Aufbau der Arbeit	55
Österreichische Gedächtnisgeschichte und Vergangenheitspolitik 1945–1986	58
1. Nationalsozialismus und Gedächtnisgeschichte	58
1.1. Die »Moskauer Deklaration« als »Magna Charta« der Zweiten Republik	58
1.2. Die innenpolitische Verselbständigung der Opferthese ...	62
1.3. Opferthese und Kriegsdienst	64
1.4. Der antifaschistische Rekurs auf die Opferthese ab Mitte der 1960er Jahre	66

2. Nationalsozialismus und Vergangenheitspolitik	68
2.1. Entnazifizierung und Amnestie	68
2.2. »Wiedergutmachung«	70
2.3. Exkurs: Kunstrückgabe	74
3. Nationalsozialismus und die österreichischen Parteien	77
3.1. Nationalsozialismus, Antisemitismus, Entnazifizierung und »Wiedergutmachung« im Spiegel der Gründungsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ	77
3.2. Die Formierung des »nationalen« Lagers	84
3.3. Die innerparteiliche Integration ehemaliger Nationalsozialisten	86
4. Zusammenfassung: Die Externalisierung des Nationalsozialismus und die Parteien	89
 Aufbruch und Beharrung 1986–1988	 91
1. Die Waldheim-Affäre und ihre geschichtspolitischen Auswirkungen	92
1.1. Die Waldheim-Affäre	92
1.2. Waldheim und die Opferthese – Geschichtspolitische Positionen der Parteien	111
1.3. Die Watch-List-Debatte 1987	126
1.4. Exkurs: Der »Republikanische Club Neues Österreich« und das zivilgesellschaftliche Engagement der Intellektuellen	135
2. Das Gedenkjahr 1988	152
2.1. Das Gedenken der staatlichen Repräsentanten	154
2.2. Das Gedenken der parteipolitischen Akteure	159
2.3. Das Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz 1988	172

-
- 3. Kulturpolitische »Stellvertreterkriege« 178
 - 3.1. Die Kontroverse um das »Mahnmal gegen Krieg
und Faschismus« 179
 - 3.2. Die Kontroverse um »Heldenplatz« 191
 - 4. Zusammenfassung: Aufbruch und Beharrung 200

Von der Opferthese zum offiziellen Bekenntnis zur Mitverantwortung 205

- 1. Vranitzkys Bekenntnis zur Mitverantwortung 1991
und die Reaktionen der Parteien und der Öffentlichkeit 206
 - 1.1. Drei Dimensionen des Mitverantwortungsbekenntnisses . 211
 - 1.2. Das Mitverantwortungsbekenntnis in der Retrospektive
der politischen Akteure 226
- 2. Die Wiederannäherung – Die Erklärungen von Vranitzky
und Klestil in Israel 231
- 3. Das Gedenkjahr 1995 237
- 4. Zusammenfassung. 246

Vergangenheitspolitische Konsequenzen der Mitverantwortung und geschichtspolitische Gegenläufigkeiten seit den 1990er Jahren 249

Materielle Konsequenzen: Die Parteien und die »Wiedergutmachung« 249

- 1. Zwischen Opfer- und Mitverantwortungsthese: Die Parteien
und die »Wiedergutmachung« 1988–1995 250
 - 1.1. Der Nationalfonds für die Opfer des
Nationalsozialismus 254
 - 1.2. Die Errichtung des Nationalfonds in der Retrospektive
der politischen Akteure 268

2.	Die »Holocaust Era Assets«-Debatte in Österreich	273
2.1.	Die Internationalisierung von Entschädigung und Restitution	273
2.2.	Erste Maßnahmen in Österreich – Kunstrückgabegesetz und Historikerkommission	277
2.3.	Zwangsarbeiterfonds und Allgemeiner Entschädigungsfonds	287
2.4.	Exkurs: Waldheim remixed – Die ÖVP/FPÖ-Regierung und die »EU-Sanktionen«	304
2.5.	Die Errichtung des Versöhnungs- und Allgemeinen Entschädigungsfonds in der Retrospektive der politischen Akteure	310
2.6.	»Causa Leopold«, die »goldene Adele« und die Novellierung des Kunstrückgabegesetzes	314
3.	Die Rehabilitierung der Deserteure	324
4.	Zusammenfassung: Die Parteien und die »Wiedergutmachung«	340
Ambivalente Erinnerung:		
	Die Parteien und die Erinnerungskultur	344
1.	Denkmal- und Ausstellungskontroversen	344
1.1.	Wehrmachtslegende und Opferthese – Die Kontroversen um das Stalingrad-Denkmal und die Wehrmachtsausstellung(en)	344
1.2.	Die Kontroverse um das Holocaust-Denkmal	377
1.3.	Die Kontroverse um das »Haus der Toleranz«/ »Haus der Geschichte«	398
2.	»Offizielles« Gedenken und Geschichtspolitik im narrativen Spannungsfeld internationaler, staatlicher und innerparteilicher Anforderungen	421
2.1.	Von der »Kosmopolitisierung« zur (supra-)staatlichen Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens	421

2.2. Das »Gedankenjahr« 2005 und der geschichtspolitische Rollback	427
2.3. Das Gedenkjahr 2008 und die Forcierung des Mitverantwortungsnarrativs	441
2.4. Der Fall »Heinrich Gross«, die SPÖ und die innerparteiliche Geschichtspolitik	445
3. Zusammenfassung: Die Parteien und die Erinnerungskultur ..	457
Fazit	461
Dank	472
Anhang: Quellen- und Literaturverzeichnis	473
1. Quellen	473
1.1. Archive	473
1.2. Periodika und Presseagenturen	473
1.3. Reden und Dokumente	475
1.4. Interviews durch den Verfasser	482
1.5. Internet	483
2. Literatur	484
3. Personenregister	522

Einleitung

1. Forschungsinteresse

Die parteipolitische Auseinandersetzung um die österreichische NS-Vergangenheit nach 1986 begann mit der »Waldheim-Affäre«. Diese Affäre um die NS- und Kriegsvorgänge des damaligen Bundespräsidenten Kurt Waldheim trug eruptionsartig dazu bei, dass eine Vielzahl von unterschiedlichen, mitunter konkurrierenden Narrativen über die NS-Vergangenheit zum Vorschein kam, die bis dahin von der »Opferthese« als hegemonialem Meister-narrativ weitgehend verdeckt worden waren. Die Zweite Republik hatte sich nämlich seit ihrer Gründung 1945 erfolgreich auf den Standpunkt zurückgezogen, dass es sich 1938 bei dem von vielen Österreichern¹ begeistert begrüßten »Anschluss« ausschließlich um eine von außen erzwungene Okkupation gehandelt und deshalb Österreich weder eine moralische noch eine materielle Mitverantwortung für Nationalsozialismus und Holocaust zu tragen habe. Dieser Interpretation lag die Moskauer Deklaration der Alliierten aus dem Jahr 1943 als »Magna Charta« zugrunde, die Österreich als das »erste Opfer der Hitlerschen Aggression« bezeichnet hatte. Diese Sichtweise blieb zunächst auf die Außenpolitik – zur Abwehr finanzieller Verpflichtungen – beschränkt, erfuhr aber aufgrund ihres Entlastungscharakters schon bald eine »innenpolitische Verselbständigung«.² Die vielfach kodifizierte Verwendung des Opferbegriffs führte zu einer gesamtgesellschaftlichen Übernahme des Opferstatus, wodurch tatsächliche NS-Opfer sukzessive in den Hintergrund gedrängt wurden. Dadurch konnten sowohl auf der politischen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene Voraussetzungen, Verlauf und Konsequenzen

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit bei Personengruppen das generische Maskulinum verwendet und nicht in weibliche und männliche Formen getrennt. Zitate werden in der ursprünglichen Fassung wiedergegeben und nicht an die neue deutsche Rechtschreibung angepasst.

2 Bailer 1994, S. 185.

des Nationalsozialismus *externalisiert* werden, gehörten sie doch angeblich nur in die Geschichte Deutschlands, nicht auch in diejenige Österreichs.³

Die Waldheim-Affäre beendete nun die mit der Opferthese einhergehende Amnesie. Der »Eiszeit der Erinnerung«⁴ folgte eine geschichtspolitische Neuorientierung, die auf eine differenziertere Bewertung der österreichischen NS-Vergangenheit abzielte. Vergangenheitspolitische Maßnahmen, die die Defizite auf dem Entschädigungs- und Restitutionssektor beheben sollten, setzten ein.⁵ Dieser Vorgang verlief jedoch weder konsensual noch linear, sondern führte zu zahlreichen heftigen Kontroversen und gegenläufigen Entwicklungen. Entscheidend an diesem Prozess beteiligt waren die im Nationalrat vertretenen Parteien, weshalb sie der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind. Vor dem Hintergrund der Waldheim-Debatte und des geschichtspolitischen Neuorientierungsprozesses werden die konkurrierenden Erzähl- und Handlungsmuster der Parteien im Geflecht der modifizierten Geschichts- und Vergangenheitspolitik herausgearbeitet und analysiert. Damit verbunden wird die Analyse generationsspezifischer Wahrnehmungs-, Verarbeitungs- und Handlungsmuster der (in der Regel männlichen) politischen Akteure.

Die Beschreibung und Analyse der wichtigsten geschichts- und vergangenheitspolitischen Debatten und Handlungsfelder, zu denen neben Entschädigung, Restitution und Rehabilitierung von NS-Opfern auch die staatliche Inszenierung von Gedenkjahren sowie die geschichtspolitisch relevanten Denkmals-, Museums- und Ausstellungsdebatten gehören, zielt auf eine rekonstruktive Interpretation von Prozessen des (Um-)Schreibens von Geschichte. Dieser Beitrag zur Gedächtnisgeschichte Österreichs in der Post-Waldheim-Ära soll durch die Zusammenführung von alten und neuen Quellen sowie durch einen neuen methodischen Blickwinkel die jeweiligen politischen und historiografischen Konstruktionsprozesse erhellen helfen.

3 Vgl. Lepsius 1993.

4 Zur Metapher der Eiszeit vgl. Brunnbauer 1999a.

5 Die Begriffe Vergangenheits- und Geschichtspolitik werden in dieser Arbeit komplementär benutzt: Vergangenheitspolitik deckt den politisch-justitiellen Teil einer Diktaturüberwindung ab, wozu auch die monetäre Entschädigung von Opfern zu rechnen ist; Geschichtspolitik hingegen deckt das semantische und symbolische Feld des Politischen ab. Insofern werden die Felder der Entschädigung, Restitution und Rehabilitierung der Vergangenheitspolitik zugerechnet, die Denkmal-, Ausstellungs- und Museumskontroversen sowie die Inszenierung von Gedenkjahren der Geschichtspolitik. Vgl. dazu Leggewie/Meyer 2005, S. 13.

2. Nationalsozialismus und Gedächtnis als Forschungsgegenstand

Angesichts der kaum mehr überschaubaren Fülle an Publikationen bleibt der Überblick über bereits vorliegende Arbeiten zum Thema hier auf die NS-Täter- und Rezeptionsgeschichte, die österreichische Geschichts- und Vergangenheitspolitik sowie deren partei- und generationsspezifischen Aspekte beschränkt. Er stellt einen – notwendig unvollständigen – Versuch dar, die wichtigsten Werke in komprimierter Form vorzustellen und Forschungslücken aufzuzeigen, um so die eigenen Fragestellungen zu entwickeln.

Was erstens die NS-Täter- und -Rezeptionsgeschichte betrifft, so stand diese immer im Zusammenhang mit der staatlichen Geschichtspolitik. Denn die österreichische Zeitgeschichtsforschung hat sich nicht nur im Vergleich mit anderen Ländern relativ spät entwickelt,⁶ sondern sie war immer auch mehrheitlich als »Koalitionsgeschichtsschreibung«⁷ konzipiert. Zeithistorische Forschung beschränkte sich daher bis in die 1980er Jahre meistens auf die Erste Republik oder konzentrierte sich bis auf wenige Ausnahmen⁸ mehr auf Widerstand und politische Verfolgung als auf Anpassung ans und Beteiligung am NS-Regime.⁹ Erst die Waldheim-Affäre brachte die entscheidenden politischen Impulse für die Historiografie: Im Jahre 1988 erschien die erste kritische Gesamtdarstellung Österreichs in der NS-Zeit;¹⁰ andere Studien widmeten sich nun der unbeachtet gebliebenen Rolle von Österreichern im nationalsozialistischen Verfolgungsalltag¹¹ und in der NS-Vernichtungsmaschinerie.¹² In den letzten Jahren sind zudem viele interessante Biografien österreichischer NS-Täter¹³ und -Funktionäre¹⁴ entstanden; letztere zeigten oft auch die im Zuge der Waldheim-Affäre veränderte Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte nach 1945 auf. Ab Ende der 1980er Jahre erschienen überdies erste Studien zum politisch-historischen Umgang mit Nationalso-

6 Vgl. Weinzierl 2003.

7 Zur »Koalitionsgeschichtsschreibung« siehe Botz 1991; Berger Waldenegg 2003, S. 153f.; Hanisch 2004.

8 Botz 1978; Stiefel 1981; Hanisch 1983; Meissl/Mulley/Rathkolb 1986.

9 Zu den Gründen siehe Botz 1990a.

10 Tálos/Hanisch/Neugebauer 1988.

11 Safrian/Witek 1988; Streibel 1991; Dohmen/Scholz 2003.

12 Safrian 1993; Mang 2003.

13 Pucher 1997; Poprzeczny 2004; Sachslehner 2008; Jahns 2009.

14 Schuster 1999; Retzl/Koroschitz 2006.

zialismus und Holocaust;¹⁵ zahlreiche andere Publikationen zur österreichischen Gedächtnisgeschichte¹⁶ und zur Vergangenheitspolitik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten¹⁷ folgten. Sie weisen nach, dass trotz anfänglicher Erfolge hinsichtlich der Entnazifizierung und Ahndung von NS-Tätern der österreichische Opferstatus als Instrument der Schuldabwehr nach 1945 eine kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit verhinderte. Dadurch geriet auch die staatsoffizielle Opferthese ins Kreuzfeuer der fachwissenschaftlichen Kritik.¹⁸ Hierbei war die Neubewertung der Moskauer Deklaration, die bis dahin als Beweis für ihre Gültigkeit herangezogen wurde, von wesentlicher Bedeutung. Mithilfe neuer Dokumente lieferte der kanadische Historiker Robert Keyserlingk den Nachweis, dass es sich bei der alliierten Erklärung von 1943 lediglich um ein kurzfristiges Propagandainstrument der psychologischen Kriegsführung gehandelt hatte, mit dem man einen Aufstand in der »Ostmark« entfachen wollte, und eben nicht um eine überzeugte Willenserklärung der Alliierten.¹⁹

Bis heute sind allerdings nicht alle Historiker davon in Gänze überzeugt.²⁰ Insbesondere bei Protagonisten der alten konsensualen »Koalitionsgeschichtsschreibung«, deren Dreh- und Angelpunkt das Selbstbild als Opfer war, stieß diese Neubewertung auf Widerstand,²¹ zumal amtliche Stellen – trotz zahlreicher offizieller Bekenntnisse zur österreichischen Mitverantwortung für die NS-Verbrechen seitens staatlicher Repräsentanten – bis zum heutigen Tag nicht von der mit dem Opferstatus verzahnten völkerrechtlichen Okkupationsthese abgerückt sind. Die Debatte flammte in den 1990er Jahren immer wieder auf²² und scheint auch heute noch nicht zu einem Ende gekommen zu sein. Dies liegt wohl vor allem daran, dass sich die Opfer-Täter-Debatte sukzessive von der völkerrechtlichen auf die individuell-moralische Argumentation verschoben hat, wodurch Österreich aufgrund der hohen individuellen Partizipation am Nationalsozialismus

15 Pelinka/Weinzierl 1987; Knight 1988a.

16 Steiningger 1994; Ziegler/Kannonier-Finster 1997; Kos/Riegele 1996; Albrich 1997; Seiler 1997; Unfried 1997; Lappin 2001; Utgaard 2003; Brix/Bruckmüller/Stekel 2004/2005.

17 Kuretsidis-Haider/Garscha 1998; Mizuno 1999; Schuster 2004; Albrich/Garscha/Polaschek 2006.

18 Vgl. dazu Schneeberger 2000, S. 226–328.

19 Keyserlingk 1988. Ähnlich siehe Knight 1988b; Johnson 1987.

20 Steiningger 2005, S. 44.

21 Stourzh 1998, S. 23–27. Unverändert auch in Stourzh 2005. Zur traditionellen Interpretation vgl. Fellner 1972; Rauchensteiner 1979, S. 15–62.

22 Bischof 1993; Albrich 1994; Holzer 1995; Botz 1996a.

gemeinsam mit den beiden deutschen Staaten quasi als Nachfolgestaat des »Dritten Reichs« erscheint. Diese von einigen vor allem jüngeren Historikern durchaus intendierte Interpretation²³ würde – sollte sie sich politisch durchsetzen – die Charakterisierung der Entschädigungen und Restitutionen als freiwillige Leistungen in Frage stellen und dadurch zu weitreichenden vergangenheitspolitischen Implikationen führen. Neben der hohen Beteiligung von Österreichern am Nationalsozialismus stand deshalb – vor allem nach der Waldheim-Debatte – die Bewertung des »Anschlusses« im Mittelpunkt vieler Studien.²⁴ Es schlossen sich Analysen seiner Rezeption in Medien und Publizistik²⁵ an, wie auch Untersuchungen der österreichischen Identität, deren Konstruktion mit dem ganzen Komplex eng verknüpft ist.²⁶

In diesen Rahmen gehören diskursanalytische Studien der Gedenkjahre 1995 und 2005²⁷ ebenso wie die teilweise äußerst kontrovers geführten Repräsentationsdebatten um Denkmäler, Museen und Ausstellungen, deren Form und Verlauf Anhaltspunkte für die geschichtspolitischen Handlungsmuster der politischen Akteure geben. Sie sind bislang in unterschiedlichem Maße wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Während die Auseinandersetzungen um das »Mahnmal gegen Krieg und Faschismus«, die Inszenierung von »Heldenplatz«²⁸ sowie vor allem die Wehrmachtausstellung²⁹ bereits Gegenstand wissenschaftlicher Arbeiten waren, lassen sich zum Stalingrad-Denkmal³⁰ und zum »Haus der Geschichte« – wenn überhaupt – nur äußerst knappe Skizzen finden. Das Wiener Holocaust-Denkmal wird in einem deutsch-österreichischen Vergleich und in einem Aufsatz behandelt.³¹ Diese und andere Debatten zeigen, wie stark das österreichische Gedächtnis bis heute umkämpft ist – auch nach dem von offizieller Seite forcierten geschichtspolitischen Neupositionierungsprozess ab 1991. Dies gilt insbesondere für den Komplex Wehrmacht und Zweiter Weltkrieg, da dieser das

23 Safrian 2002; Reiter 2001.

24 Botz 1978; Schmidl 1988; Kreissler 1989a.

25 Uhl 1992; Schneeberger 2000.

26 Stourzh 1990a; Pelinka 1990; Rathkolb/Schmidt/Heiß 1990; Botz/Sprengnagel 1994; Bischof/Pelinka 1997; Frölich-Steffen 2003.

27 Wodak/de Cillia/Reisigl/Liebhart/Hofstätter/Kargl 1998; Wodak/de Cillia 2009.

28 Jenni 1993a; Wodak/Menz/Mitten/Stern 1994, S. 105–119; Oliver Bentz 2000.

29 Manoschek 2001; Gaisbauer 2000; Mostbauer 2001. Hinzu kommen Analysen zu den einzelnen Debatten vor Ort: Manoschek 1996a; Manoschek 1996b; Kannonier/Kepplinger 1997; Brunnbauer 1999b; Embacher/Lichtblau/Sandner 1999; Uhl 2003a.

30 Menkovic 1999, S. 139–141; Vasak 2004 S. 160–163; Wegan 2005, S. 104–105.

31 Thünemann 2005; Schröder/Sommer 2004.

Gros der Österreicher und deren Nachkommen persönlich berührte. Eine umfassende Inhaltsanalyse der Berichterstattung der Printmedien zum Thema Nationalsozialismus zeigt deutlich die auch nach der Waldheim-Affäre weitgehende Polarisierung der (ver-)öffentlich(t)en Meinung auf.³² Und schließlich lässt die Rezeption der Waldheim-Affäre selbst geschichtspolitische Rückschlüsse zu. Denn während Michael Gehler 1995 darin in Anlehnung an einen zeitgenössischen Zeitungsartikel in erster Linie eine »grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes« erblicken wollte,³³ wurde in einem Sammelband wissenschaftlicher und journalistischer Analysen elf Jahre später bereits durch den Titel »1986. Das Jahr, das Österreich veränderte« der geschichtspolitische Zäsurcharakter der Debatte betont.³⁴ Andere Studien wiederum haben sich mit einzelnen Aspekten der Waldheim-Affäre wie dem offen zutage tretenden Antisemitismus beschäftigt³⁵ oder ausgewählte Nationalratsdebatten diskursanalytisch untersucht.³⁶

Was zweitens die Entschädigungs- und Restitutionsproblematik betrifft, so erschien im Jahr 1993 eine erste Monografie zur Genese und Praxis der bis in die 1990er Jahre in vielen Teilen mangelhaften Opferfürsorge-Gesetzgebung,³⁷ die wenige Jahre später durch andere Studien ergänzt wurde.³⁸ Die Analyse der 1995 vollzogenen Errichtung des Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus erfolgte abgesehen von Dissertationen und Diplomarbeiten³⁹ vor allem durch direkt Beteiligte.⁴⁰ Hierbei ist die von Anton Pelinka und Sabine Mayr kommentierte Dokumentation des Privatarchivs des Publizisten und NS-Vertriebenen Albert Sternfeld besonders hervorzuheben. Sternfeld hatte sich seit Ende der 1980er Jahre vehement für einen derartigen Fonds eingesetzt und seine Initiative war zunächst auf massiven Widerstand der Regierung gestoßen.⁴¹ Im Zuge der auch in Österreich angekommenen »Holocaust Era Assets«-Debatte berief die Bundesregierung 1998 eine Historikerkommission, die den gesamten Komplex des Vermögenszugs während der NS-Zeit sowie in Österreich erfolgte Rückstellun-

32 Wassermann 2000.

33 Gehler 1995.

34 Czernin/Tóth 2006.

35 Wodak/Nowak/Pelikan/Gruber/de Cillia/Mitten 1990; Gruber 1991; Mitten 1992.

36 Göllner 2009, S. 247–400.

37 Bailer 1993.

38 Forster 2001.

39 Genböck 1999; Lukan 1999; Axmann 2002; Roth 2002; Bjalek 2003.

40 Pelinka/Mayr 1998; Wohnout 1999; Lessing 2001.

41 Pelinka/Mayr 1998.

gen und Entschädigungen seit 1945 erfassen sollte.⁴² Unmittelbarer Anlass für diesen Schritt waren nicht nur drohende Sammelklagen gegen österreichische Banken und Versicherungen, sondern auch die Beschlagnahmung von zwei Egon-Schiele-Bildern auf einer Ausstellung in New York. Während es seither zahlreiche Publikationen zum NS-Kunstraub und der defizitären Kunstrestitution nach 1945 gibt,⁴³ stellen die Debatten der 1990er und 2000er Jahre sowie die 1998/2009 modifizierte Restitutionspolitik jenseits von Berichten direkt Beteiligter⁴⁴ und journalistischen Darstellungen⁴⁵ eine Leerstelle in der Forschung dar.⁴⁶ Bis auf wenige Dissertationen und Diplomarbeiten⁴⁷ gilt dies auch für den Prozess der Entschädigung der Zwangsarbeiter und die Errichtung des Allgemeinen Entschädigungsfonds, die abgesehen von kurzen Beschreibungen⁴⁸ in der Literatur meistens in der – nicht minder erhellenden – »Erfolgsperspektive« der österreichischen (Mit-)Verhandler⁴⁹ und quasi regierungsamtlicher Stellen⁵⁰ dargestellt werden. Zur Rehabilitation von Deserteuren liegt im Rahmen eines Drei-Länder-Vergleichs zwar eine Studie über die österreichische Praxis vor, die allerdings die neuesten Entwicklungen vom Oktober 2009 nicht berücksichtigt.⁵¹

Neben der NS-Rezeptionsgeschichte und Studien zur österreichischen Geschichts- und Vergangenheitspolitik sind drittens deren parteipolitische Aspekte von besonderem Interesse für diese Arbeit. Hier lassen sich die größten Forschungslücken konstatieren. Im Kontext des parteipolitischen Umgangs mit dem Nationalsozialismus hat Anton Pelinka auf den Zusammenhang zwischen dem Ende der österreichischen Konkordanzdemokratie und den geschichtspolitischen Diskursverlagerungen hingewiesen: Da es sich sowohl beim sozialistischen als auch beim katholisch-konservativen Lager bis Ende der 1970er Jahre um geschlossene Subsysteme handelte und folglich nur minimale Fluktuation zwischen beiden Lagern stattfand, versprach nur

42 Jabloner/Bailer-Galanda/Blimlinger/Graf/Knight/Mikoletzky/Perz/Sandgruber/Stuhlpfarrer/Teichova 2003.

43 Brückler 1999; Lillie 2003; Anderl/Caruso 2005; Pawlowsky/Wendelin 2006.

44 So der Bericht der Leitung der Provenienzkommision: Jabloner/Blimlinger 2009.

45 Trenkler 1999, S. 9–29.

46 Vgl. die Ausnahme von Meissel/Jungwirth 2006.

47 Herko 2002a; Petrinja 2004; Thonke 2004.

48 Bailer-Galanda/Blimlinger 2005, S. 73–77.

49 Eichtinger 2001; H. Winkler 2002; Sucharipa 2002. Instruktiv ist auch die amerikanische Sicht von Eizenstat 2003, S. 352–395.

50 Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit [Hubert Feichtlbauer] 2005.

51 Metzler 2007. Grundlegend für diese Thematik siehe Manoschek 2003a.

das Werben um das vom Nationalsozialismus korrumpierte deutschnationale Lager eine Maximierung von Wählerstimmen. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war insofern dysfunktional; Geschichtspolitik betrieben die beiden Großparteien folglich nur lagerspezifisch zur maximalen Mobilisierung der eigenen Wähler. Erst mit der Auflösung der sich bis dato ausbalancierenden Subsysteme angesichts neuer Konfliktlinien wie der Umwelt- und Genderthematik, die mit dem Auftauchen der Grünen für Strukturveränderungen im Parteiensystem sowie für die Zunahme von Volatilität und der Abnahme dauerhafter Identifikation mit einzelnen Parteien sorgten, erfuhr die Geschichtspolitik eine Pluralisierung. Damit einher ging – wie schon für die Printmedien aufgezeigt – eine Polarisierung, die durch das forcierte Auftreten der FPÖ und ihrer späteren Abspaltungen weiter verstärkt wurde.⁵²

Hier bieten sich viertens generationsspezifische Aspekte als Erklärungsvariablen für den unterschiedlichen Umgang mit der Vergangenheit an: sowohl zwischen, vor allem aber auch innerhalb der einzelnen Parteien. Diese sind – abgesehen von erhellenden Einzeldarstellungen familiärer Tradierungen⁵³ und Historikergenerationen⁵⁴ – weitgehend unerforscht. Der spezifisch parteipolitische Umgang mit der NS-Vergangenheit ist, wie bereits erwähnt, wenig⁵⁵ bzw. nur beiläufig im Zusammenhang mit der Transformation des österreichischen Gedächtnisses⁵⁶ behandelt worden. Untersuchungen blieben oft auf die ersten Nachkriegsjahrzehnte beschränkt.⁵⁷ Eine systematisch-vergleichende Analyse des parteipolitischen Umgangs mit der Vergangenheit nach 1986 ist ebenfalls eines der drängenden Forschungsdesiderate. Dazu kommt eine bisher ebenfalls ausstehende synthetisierende Zusammenführung der wichtigsten Aspekte des seit der Waldheim-Affäre eingeleiteten geschichtspolitischen Neuorientierungsprozesses mitsamt den vergangenheitspolitischen Konsequenzen. Das Diktum des Historikers Günter Bischof

52 Pelinka 2001. Zu den Strukturveränderungen des österreichischen Parteiensystems siehe Pelinka 2005.

53 Hauer 1994; Botz 2005; Reiter 2006.

54 Botz 1990a; Hanisch 1999; Bauer 2003.

55 Göllner 2009 hat die parteipolitischen Argumentationen während der Waldheim-Debatte 1986–1988 und der sogenannten »EU-Sanktionen« hinsichtlich der Opferhysterik untersucht und sich dabei auf die stenografischen Protokolle des Nationalrates beschränkt; Mitzen/Pelinka/Wodak 2002.

56 Uhl 2001; Uhl 2004; Gerbel/Lechner/Lorenz/Marchart/Öhner/Steiner/Strutz/Uhl 2005.

57 Bergmann/Erb/Lichtblau 1995; Uhl 1996; Berg 1997; Klamper 1997; Neugebauer/Schwarz 2004; Mesner 2005.

aus dem Jahre 2003, die »detaillierte Geschichte des *Paradigmenwechsels* von Österreichs Nachkriegserinnerung [...] in den 1990er Jahren« müsse »noch geschrieben werden«,⁵⁸ hat trotz einzelner seitdem fertig gestellter Versatzstücke nichts von seiner Gültigkeit verloren. Die vorliegende Arbeit setzt hier an und will unter besonderer Berücksichtigung des parteipolitischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit und darin verwobener generationeller Verflechtungen die aufgezeigten Forschungslücken schließen.

3. Theoretische und methodische Zugänge: Gedächtnis und Generation

Um uns der Fragestellung zu nähern, ist es zunächst wichtig, die grundlegenden theoretischen und methodischen Zugänge zu skizzieren. Gedächtnis und Generation stellen das theoretische Fundament dieser Arbeit dar. Da es dazu bereits eine Fülle von Literatur gibt, werde ich mich darauf beschränken, nur die für diese Studie wesentlichen Begriffe der beiden Theoriestränge einzuführen und zu erläutern, um sie danach für mein speziell auf Österreich zugeschnittenes Generationskonzept anwenden zu können.

3.1. Gedächtnis, Narrativ und Geschichtspolitik

Die Hinwendung zur Geschichte des Gedächtnisses hat seit den 1980er Jahren eine Konjunktur, die bis heute anhält.⁵⁹ In der akademischen Welt sorgten zunächst Pierre Noras »Lieux de mémoire«⁶⁰ für Aufsehen, stellte doch sein Versuch, die als Erinnerungsorte deklarierten Bruchstücke des nationalen Gedächtnisses Frankreichs in Form von Essays zusammenzutragen, ein wissenschaftliches Novum dar, das bald in ähnlicher Form auf andere Länder übertragen wurde.⁶¹ Vor allem aber die zeitgleiche Wiederentdeckung von Maurice Halbwachs, dem eigentlichen »Patron der sozialen

⁵⁸ Bischof 2003, S. 472.

⁵⁹ Vgl. Nora 2002; Rathkolb 2006a.

⁶⁰ Nora 1984–1992.

⁶¹ Isnenghi 1997/1998; de Boer/Frijhoff 1993; François/Schulze 2001. Speziell zu Österreich siehe Csáky/Stachel 2000/2001; Brix/Bruckmüller/Stekl 2004/2005.

Gedächtnisforschung«,⁶² trug zur Etablierung von Gedächtnis als wissenschaftlichem Paradigma der Sozial- und Kulturwissenschaften bei, so dass es heute ganze Lexika zu diesem Begriff und seinen verwandten Unterbegriffen gibt.⁶³ Während Halbwachs sein Hauptaugenmerk auf die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten individueller und kollektiver Erinnerungen richtete,⁶⁴ führte sein Wiederentdecker, Jan Assmann, den Ansatz weiter und unterscheidet innerhalb des kollektiven Gedächtnisses zwischen dem kommunikativen und dem kulturellen Gedächtnis. Laut Assmann fußt das kommunikative Gedächtnis auf der mündlichen Alltagskommunikation der Erinnerungsgemeinschaft. Der so erinnerte Zeitraum reiche etwa drei Generationen zurück und stieße dann auf eine stets im gleichen Abstand mitwandernde »floating gap«⁶⁵, hinter dem das Vergessen einsetze. Obwohl nach Gruppen gesellschaftlich geformt, ist das kommunikative Gedächtnis in Assmanns Definition typischerweise »durch ein hohes Maß an Unspezialisiertheit, Rollenreziprozität, thematische Unfestgelegtheit und Unorganisiertheit« gekennzeichnet.⁶⁶ Es ist im Gegensatz zum kulturellen Gedächtnis durch Alltagsnähe charakterisiert. Schafft es ein historisches Faktum, jene unsichtbare Trennungslinie zu überwinden und aus dem »sozialen Kurzzeitgedächtnis«⁶⁷ einer Gesellschaft in das, nun »kulturell« genannte, transgenerationell-entfristete Gedächtnis zu springen, ändern sich sowohl die Seinsformen als auch der Inhalt. Denn anders als das informelle, nicht-hierarchisierte und durch intergenerationelle Interaktion geprägte kommunikative Gedächtnis, ist das kulturelle Gedächtnis »eine Sache institutionalisierter Mnemotechnik«, die sich »auf Fixpunkte in der Vergangenheit«⁶⁸ richtet. Im kulturellen Gedächtnis wird erinnerte Geschichte zu objektivierter Kultur verfestigt. Erinnerung und Wissen werden in diesem Prozess geformt und durch kulturelle Institutionen, Symbole und Riten mit geprägt – nicht zuletzt auch durch Denk- und Mahnmäler. Daraus entstehen laut Assmann im Unterschied zum kommunikativen Gedächtnis gesellschaftlich für verbindlich erachtete Wertperspektiven, die von speziellen professionellen Trägern hierarchisch festgelegt, durchgesetzt und bewahrt werden.⁶⁹ Die

62 Assmann 2006, S. 25.

63 Pethes/Ruchatz 2001.

64 Halbwachs 1985.

65 Vansina 1985, S. 23.

66 Assmann 1988, S. 9.

67 Niethammer 1995, S. 26.

68 Assmann 1992, S. 52.

69 Vgl. Bering 2001, S. 330f.

Durchsetzung dieser Werteperspektive erklärt in diesem Konzept den hohen Grad der Kontroversialität der geschichtspolitischer Repräsentationsdebatten.

Eine weiterführende konfliktorientierte Perspektive wird weder in Assmanns etwas schematischem Modell noch bei Halbwachs oder Nora aufgezeigt. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der hier angestrebten Analyse von Gedächtniskonflikten zeigt sich, dass die Ausrichtung auf eine Erinnerungsgemeinschaft als Ganzes (der Nation bei Nora) und die damit zusammenhängende Unterscheidung zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis (Assmann) problematisch sind. Sie verstellen den Blick auf die unterschiedlichen Narrative und ihre Bedeutung und Beharrungskraft, die zudem häufig – wie hier am Beispiel Österreichs gezeigt wird – konträr zu einander argumentieren.⁷⁰ Dem interessegeleiteten Kampf um Deutungsmacht gesteht eine solche Herangehensweise kaum Raum zu.

Gerade Fragen nach den spezifischen parteipolitischen Machtverhältnissen innerhalb einer Gesellschaft, unter denen eine bestimmte Geschichtspolitik betrieben, ein bestimmter Umgang mit der Vergangenheit gepflegt wird, sind in dieser Arbeit aber von wesentlicher Bedeutung. Dazu gehört auch, den Begriff des kollektiven Gedächtnisses nicht als statische Folie zu begreifen, sondern vielmehr als ein »Kräftefeld in einer Matrix gesellschaftlicher Machtverhältnisse, das in einem dynamischen Prozeß der ›Geschichtproduktion‹ geformt und verändert wird.«⁷¹ In diesem Spannungsfeld streiten die Vertreter konkurrierender Narrative mit- und gegeneinander um Deutungshoheit und beteiligen sich an der Erfindung einer Tradition, die dann weitergegeben wird. Erst die narrative Heterogenität und Gegenläufigkeit macht den eigentlichen Fundus eines kollektiven Gedächtnisses aus, weswegen sie im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen. Der hegemoniale Deutungskampf der politisch-gesellschaftlichen Akteure um die Aufrechterhaltung und Veränderung des »Kanons«, der auch festlegt, worüber geschwiegen wird, ist daher als »integraler Bestandteil von Geschichts- und Vergangenheitspolitik«⁷² zu betrachten. Konflikte machen »Konstruktionsprinzipien der Gesellschaft sichtbar, lassen uns die Machtverhältnisse, die Interessen, Normen und Werte, auf denen eine Gesellschaft beruht, wahrnehmen.«⁷³ Konflikte über den Umgang mit der Vergangenheit gehö-

70 Vgl. Binder 2001, S. 199f.

71 Gerbel et al. 2005, S. 12.

72 Sandner 2001, S. 12.

73 Herz/Schwab-Trapp 1997, S. 11.

ren dazu. Teil dieser Konflikte ist es auch durchzusetzen, was verschwiegen, was erinnert und was »vergessen« wird.

Narrative in ihrer Gesamtheit machen das Gedächtnis einer Gesellschaft aus. Narrativ meint hier mehr als nur eine chronologische Erzählung, denn es reflektiert bereits das Ende der Geschichte und setzt es zu deren Anfang in Beziehung. Vergangenheit und Gegenwart werden in einen Zusammenhang gebracht. Diese Verbindung ist Sinn-stiftend. Die jeweilige Sinngebung erscheint zwar »logisch«, reduziert aber Wirklichkeit, weswegen jedes Narrativ »ideologisch affirmativ« ist.⁷⁴ Denn laut Dan Diner ist die »epische Erzählstruktur« von Narrativen gekennzeichnet durch eine »linear geführte Kausalisierung« und eine »insgeheimen Teleologie«.⁷⁵ Entscheidend ist zudem, dass die Vergangenheitsnarrative »zwar in sich, d.h. erzählerisch »diachron« strukturiert sind [...], aber immer synchron und in der Jetztzeit aktualisiert werden.« Gerade dies weist auf ihre Konstruiertheit hin, denn »Vergangenheit« findet »immer im jeweiligen Heute statt«.⁷⁶ Narrative müssen jedoch qua Wiederholung kontinuierlich aktualisiert werden, andernfalls büßen sie ihre Gültigkeit ein. Im Zeitverlauf gibt es in der performativen Wiederholung Platz für Abweichungen und Varianten der ursprünglichen Erzählung.⁷⁷ Dies kann – wir werden in der Untersuchung darauf nochmals zurückkommen – teilweise regelrecht zu einer Hybridisierung ursprünglich miteinander in Konflikt stehender Narrative führen. Wie wir ebenfalls noch im Verlauf der Untersuchung sehen werden, bleiben Narrative auch nicht notwendigerweise auf Nationalstaaten beschränkt, sondern können – wie wir es am Beispiel des »entgrenzten« Holocaust-Gedächtnisses noch skizzieren werden – supranationalen, »kosmopolitischen« Charakter annehmen.⁷⁸ Solche Narrative haben dann wiederum Rückwirkung auf die jeweilige nationale Geschichts- und Vergangenheitspolitik, welche sie infrage stellen und/oder mit narrativen und handlungsorientierten Momenten ergänzen.

Für die Arbeit benötigen wir weniger die Unterscheidung zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis, als vielmehr einen konfliktorientierten Zugang zum Zusammenhang zwischen (individuellem und kollektivem) Gedächtnis und Geschichtspolitik. Auch die Erkenntnis der Konstruier- und Aktualisierbarkeit der sich miteinander im Deutungskampf

74 Ernst 2001, S. 403.

75 Diner 1995, S. 128, 139.

76 Gerbel et al. 2005, S. 13.

77 Vgl. Ebenda, S. 23f.

78 Vgl. Levy/Sznajder 2001.

befindenden Narrative wird uns in der Arbeit immer wieder aufs Neue begegnen.

3.2. Generation und Situationsdeutung

Jan Assmann hat die Entwicklung eines kollektiven Gedächtnisses (für ihn des kommunikativen Gedächtnisses) auf aufeinander folgende Familiengenerationen bezogen. Für die folgende Analyse ist wichtig festzuhalten, dass er eine transgenerationale Tradierung annimmt und so einen Zusammenhang zwischen »Gedächtnis« und »Generation« herstellt, wenn auch das Abbrechen dieser Tradierung nach der dritten Generation etwas schematisch erscheint. Aleida Assmann führt in dieses Modell »auch soziale und historische Generationen, die die Zeiterfahrung einer Gesellschaft rhythmisieren« ein.⁷⁹ Ihr Generationsbegriff geht auf Karl Mannheim zurück, dem der Verdienst zukommt, als erster eine kohärente sozialwissenschaftliche Generationstheorie vorgelegt zu haben, auf die sich mehr oder weniger alle folgenden Auseinandersetzungen mit diesem Thema bis heute beziehen. Mit seiner Unterscheidung von Generationslagerung, Generationszusammenhang und Generationseinheit lieferte Mannheim ein »Stufenmodell, das plausibel machen soll, wie eine durch spezielle historische Umstände geschaffene Disposition in einzelnen Altersgruppen dazu führen kann, daß sich generationspezifische Verhaltensformen entwickeln, daß ein Generationengedächtnis entsteht oder einzelne Generationseinheiten einen ihnen eigentümlichen Stil kollektiven Auftretens ausprägen.«⁸⁰ Generationen sind nach Mannheim weder nur als Abfolge natürlicher Generationen noch als Abfolge geistiger und ästhetischer Stil- und Zeitgeistentwicklungen zu begreifen.⁸¹

Zum besseren Verständnis seiner Begrifflichkeit lassen sich Mannheims Ausführungen in zwei Komplexe unterteilen. Der eine setzt sich im zeitlichen Querschnitt mit den synchronen Grundstrukturen von Generationen auseinander, der andere behandelt im zeitlichen Längsschnitt die generationstypischen Grundprozesse.⁸² Zu den synchronen Strukturen gehören die oben genannten Begriffe. In Analogie zu Max Webers Konzept der »Klassenlage« als Grundlage für gleichartige Lebens- und Handlungschancen

⁷⁹ Assmann 2006, S. 26.

⁸⁰ Daniel 2006, S. 335.

⁸¹ Vgl. Fietze 2009, S. 16.

⁸² Vgl. Fogt 1982, S. 10.

cen⁸³ führt Mannheim als soziologische Grundkategorie den Begriff der »Generationslage(rung)« ein. Damit versucht er auf der ersten Stufe seines Modells die Selektivität des Zugangs zur Realität sowie die Tendenz sozialer Akteure zu beschreiben, sich in gemeinsamem Denken, Fühlen und Verhalten zu verbinden, sofern sie sich in verwandten Geburtsjahrgängen und gemeinsamen historisch-sozialen Lebensräumen befinden. Diese Lebensräume sind für ihn entscheidend, denn die Gemeinsamkeit des Lebensraumes »ermöglicht [in seinem Modell], dass die geburtsmäßige Lagerung in der chronologischen Zeit zu einer soziologisch-relevanten« wird.⁸⁴ Erst aus einer verwandten Lagerung ergibt sich laut Mannheim eine »inhärierende Tendenz [...] auf bestimmte Verhaltens-, Gefühls- und Denkweisen«, eine »Potentialität« an Möglichkeiten und Beschränkungen des Erlebens und Denkens;⁸⁵ eine Festlegung, die sich im Zeitalter globaler, technisierter generationsspezifischer Lebens- und Kommunikationsräume nicht gänzlich aufrechterhalten lässt. Trotzdem bleibt die Unterscheidung zwischen Generationslagerung und Generationszusammenhang wichtig. Während also eine Generationslagerung bloß Möglichkeiten eines gemeinsamen Erlebniszusammenhangs enthält, lässt sich – auf einer zweiten Stufe – ein Generationszusammenhang dann konstatieren, wenn über Altersgleichheit und Zugehörigkeit zur gleichen »historischen Lebensgemeinschaft« hinaus auch »eine *Partizipation* an den *gemeinsamen Schicksalen* dieser historisch-sozialen Einheit« vorliegt,⁸⁶ die aber schon während der Weltkriege und des Holocaust, die uns hier zentral interessieren, nicht immer mehr an den konkreten gemeinsamen Lebensraum geknüpft waren. Ausdrücklich weist Mannheim darauf hin, dass ein gleicher Generationszusammenhang nur den gleichen Problemzusammenhang aufweise, die Problemlösungen seien jedoch oftmals unterschiedlich bis konträr. Dabei handele es sich um »*polare Formen* der geistigen und sozialen Auseinandersetzung mit demselben, sie alle betreffenden historisch-aktuellen Schicksal«⁸⁷ bzw. – auf der nunmehr dritten Stufe angelangt – um unterschiedliche polare Generationseinheiten in ein und demselben Generationszusammenhang: »Dieselbe Jugend, die an derselben historisch-aktuellen Problematik orientiert ist, lebt in einem ›Generationszusammenhang‹, diejenigen Gruppen, die innerhalb desselben

83 Vgl. Weber 1972, S. 531ff.

84 Mannheim 1964 (zuerst 1928), S. 536.

85 Ebenda, S. 528.

86 Ebenda, S. 543.

87 Ebenda, S. 544.

Generationszusammenhanges in jeweils verschiedener Weise diese Erlebnisse verarbeiten, bilden jeweils verschiedene ›Generationseinheiten‹ im Rahmen desselben Generationszusammenhangs⁸⁸ – d.h. im ersten Fall sind die Individuen durch gemeinsame Erfahrungen verbunden, im zweiten Fall durch bestimmte weltanschauliche ›Grundintentionen‹ sowie durch die vereinte Reaktion auf die jeweilige Zeitsituation und andere (gegensätzliche) Generationseinheiten. Daher werden erst in den Generationseinheiten ›Prä- oder Erlebnisgenerationen [...] zu Handlungsgenerationen‹,⁸⁹ aus der Problemgemeinschaft eines Generationszusammenhangs werden ›Problemlösungsgemeinschaften‹.⁹⁰

Nicht aus jeder Generationslagerung entsteht mithin ein Generationszusammenhang oder gar eine Vielzahl von Generationseinheiten. Wo es an ›Kollektivimpulsen‹ für altersspezifisch prägende Erfahrungen und Ereignisse mangelt, vermag sich aus einer verwandten Lagerung nicht einmal ein Generationszusammenhang herzustellen. Insofern existiert bei Mannheim bei jeglicher Generationsbildung eine konstitutive Abhängigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen, was ein entscheidendes Differenzkriterium zu anderen Generationskonzepten darstellt.⁹¹ Denn erst im Zuge eines beschleunigten sozialen und politischen Wandels, für ihn vor allem beim Auftreten (quasi-)revolutionärer Zäsuren, die das ansonsten ›latente Abwandeln‹ der Denk- und Verhaltensweisen nicht mehr zulassen, sondern vielmehr eine Umschichtung des Bewusstseins bewirken, ›kristallisieren sich irgendwo die neuen Ansatzpunkte [...] zu einer neuen gestaltgebenden Einheit.‹ In Mannheims Modell verhindert ein zu extrem beschleunigter sozialer Wandel die Bildung von Generationszusammenhängen, bei zu hohem Tempo würden Ansätze zu Generationsbildungen durch die aufeinander folgenden sozialen Veränderungen bereits wieder ›verschüttet‹, noch bevor sie ihre Ausgestaltung erfahren hätten. Die Geburtsjahrgänge, die Generationszusammenhänge nur im Ansatz entwickeln, gehen dann in dem vorausgegangenen oder nachfolgenden Generationszusammenhang auf. Mannheim hat dieses Phänomen mit dem Begriff der ›Zwischengeneration‹ erfasst.⁹²

Für die diachronen Generationsprozesse ist Mannheims ›Prägungshypothese‹ als sozialpsychologische Grundprämisse von wesentlicher Bedeutung.

88 Mannheim 1964, S. 544.

89 Schulz/Grebner 2003, S. 7.

90 Jaeger 1977, S. 444.

91 Vgl. Fietze 2009, S. 76.

92 Mannheim 1964, S. 540, 552 (Fn 50).

Mannheim geht davon aus, dass sich jeder Generationswechsel kontinuierlich durch »das stete Neueinsetzen neuer Kulturträger« vollziehe und dadurch ein »neuer Zugang« zum akkumulierten Kulturgut⁹³ gewährleistet sei. »Das Wesentlichste an jedem Tradieren« sei immer »das Hineinwachsen der neuen Generation in die ererbten Lebenshaltungen, Gefühlsgehalte, Einstellungen.«⁹⁴ Dieser Vorgang vollzieht sich nach Mannheim in zwei Altersphasen: Zunächst erfolgt die milieubedingte Sozialisation in das »natürliche Weltbild« der Primärbeziehungen.

In der Jugend dann – Mannheim spricht vom 17. Lebensjahr – beginnt »die Möglichkeit des In-Frage-Stellens«, die »sekundäre Sozialisation«.⁹⁵ Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei Mannheims Prämisse von der »Prädominanz der ersten Eindrücke«:⁹⁶ So seien die in der Jugend erworbenen Eindrücke konstituierend für das Bewusstsein und spätere »Weltbild«. Jede spätere Erfahrung könne daher nur noch »als Bestätigung und Sättigung dieser ersten Erfahrungsschicht« oder aber »als deren Negation und Antithese« dienen.⁹⁷ Diese Grundprämisse ist zentral für die Generationstheorie, denn der gemeinsame biografische Ausgangspunkt vermag ihr zufolge die innere Verwandtschaft benachbarter Geburtskohorten zu erklären. Sie nehmen historische Einschnitte aus der Perspektive gemeinsamer früherer Erfahrungen wahr, beurteilen und deuten sie nachträglich. Und so ist auch die Wahrnehmung derselben historischen Ereignisse aufgrund unterschiedlicher generationeller »Bewusstseinsschichtungen« verschieden und immer abhängig von den während der sekundären Sozialisation gewonnenen Interpretations- und Erklärungsmustern. Mannheim verdeutlicht dieses Phänomen mit der vom Kunsthistoriker Wilhelm Pinder⁹⁸ übernommenen Formel von der »Ungleichzeitigkeit der Gleichzeitigkeit«,⁹⁹ wonach in der gleichen Zeit verschiedene Generationen leben, der Einzelne dabei aber immer einen ei-

93 Mannheim 1964, S. 530.

94 Ebenda, S. 538.

95 Vgl. Herrmann 1987, S. 369.

96 Mannheim 1964, S. 537.

97 Ebenda, S. 536f. Es ist also nicht korrekt anzunehmen, Mannheim unterstelle eine lebenslange starre inhaltliche Prägung wie beispielsweise die in der Jugendzeit erworbenen politischen Orientierungen: »[D]ie Prädominanz der ersten Eindrücke bleibt auch dann lebendig und bestimmend, wenn der ganze darauffolgende Ablauf des Lebens nichts anderes sein sollte, als ein Negieren und Abbauen des in der Jugend rezipierten »natürlichen Weltbildes««. Ebenda, S. 537.

98 Pinder 1926.

99 Mannheim 1964, S. 517.

genen Zeithorizont sowie Lebens- und Generationsstil hat, den er eben nur mit seiner Altersgruppe teilt. Dennoch sei noch einmal ausdrücklich betont, dass bei Mannheim Generationen weder durch Geburt noch durch Sozialisation entstehen, vielmehr liegt die Genese einer Generation in der »Interferenz von altersspezifischen Sozialisationserfahrungen und übergreifenden Prozessen des sozialen Wandels«¹⁰⁰ begründet.

Stellt der Generationszusammenhang den eigentlichen »Schlüsselbegriff seines Konzepts«¹⁰¹ dar, so steht die Konkurrenz der altersbedingten Situationsdeutungen sowohl zwischen als auch innerhalb der Generationszusammenhänge im Mittelpunkt meines Konzepts, das im Anschluss vorgestellt wird. Insbesondere intragenerationelle Auseinandersetzungen zeigen mit Nachdruck die Heterogenität der Einstellungs-, weniger aber der Wahrnehmungsmuster einer Generation auf. Neben der Konkurrenz um Dominanz und des damit einhergehenden Repräsentativitätsanspruchs einzelner Generationseinheiten steht zudem die Nachträglichkeit und spätere Verarbeitung generationeller Deutungen im Vordergrund meiner Ausführungen. Denn oft suchen die Beteiligten erst im Nachhinein nach gemeinschaftlicher Selbstvergewisserung.¹⁰² Auch verarbeitet jedes Individuum seine Vergangenheit mitsamt den historischen Bezugsereignissen in der Rückschau anders, wodurch es später zu sehr unterschiedlichen – die generationellen Primärerfahrungen überlagernden – inhaltlichen Positionsveränderungen kommen kann. Doch dies ist genauer betrachtet kein Widerspruch zu Mannheims Generationstheorie, wenn man wie er die postadoleszente Identitätsbildung als biografische Matrix begreift, auf deren Grundlage sich die jeweilige Identitätskonstruktion als ein lebenslanger, dynamischer Prozess entfaltet. Denn in dieser Perspektive bleiben Veränderungen von Ansichten und Positionen immer an die Matrix der ersten Eindrücke des Jugendalters gebunden, weswegen auch später der Bezugsrahmen selbst bei einer Totalrevision früherer generationeller Deutungen der gleiche bleibt.

3.3. Politische Generationen in Österreich

Wie im Forschungsstand veranschaulicht gibt es für Österreich – abgesehen von Darstellungen über familiäre Tradierungen und Historikergenerationen

100 Fietze 2009, S. 79.

101 Ebenda, S. 89.

102 Vgl. exemplarisch Bude 1995.

– keine generationshistorischen Konzepte, die als Analyserahmen für den unterschiedlichen (partei-)politischen Umgang mit dem Nationalsozialismus herangezogen werden könnten. Insofern kommt mir selbst die Aufgabe zu, vor dem Hintergrund von Mannheims Generationssoziologie und anhand weiterführender Überlegungen ein solches zu entwickeln. Eine Frage wird sein, wie sich im relevanten Zeitraum, und insbesondere im enger gefassten eigentlichen Untersuchungszeitraum der Zusammenhang zwischen Generationenbildung und Lebensraum entkoppelt und auch deutsche, europäische oder globale Entwicklungen in Relation zu spezifisch österreichischen einzu-beziehen sind. Manche historische Zäsur wie der Erste Weltkrieg war wie in anderen europäischen Ländern auch in Österreich ein generationsstiftendes Ereignis; bei anderen Kollektivimpulsen konnten lediglich Generationslagen-ungen festgestellt werden, die aber keine genuine Akteursqualität mit sich brachten. In Anlehnung an Detlev Peukert, der seine sozialhistorische Studie über die Weimarer Republik auch mithilfe einer lebensgeschichtlich-biografischen Komponente dargestellt und dabei vier Generationen verantwortlich Handelnder gebildet hat,¹⁰³ nimmt die Arbeit eine analoge Einteilung für die Zweite Republik vor, um diese sodann fruchtbar zu machen für mögliche Erklärungsansätze bei der unterschiedlich ausgeprägten Bearbeitung des Nationalsozialismus.

Neben Mannheim als theoretischem Dreh- und Angelpunkt stützt sich mein hier vorgestelltes Generationenkonzept in seiner Operationalisierung einerseits auf sozial- und kulturhistorische Studien sowie andererseits auf autobiografisches Material der politischen Akteure. Es operiert mit dem Begriff der »Politischen Generation«, der von Helmut Fogt entlehnt ist. Doch anders als Fogt, der darunter die Mitglieder jener Altersgruppe zusammenfasst, »die – mit bestimmten Schlüsselereignissen konfrontiert – zu einer gleichgesinnten bewußten Auseinandersetzung mit den Leitideen und Werten der politischen Ordnung gelangten, in der sie aufwuchsen« und dadurch einen »Grundbestand gemeinsamer Einstellungen, Verhaltensdispositionen und Handlungspotentiale« aufweisen, verstehe ich unter Politischen Generationen nicht Generationseinheiten, sondern Generationszusammenhänge. Insofern kann es auch keine *gleichgesinnte* bewusste Auseinandersetzung geben, sondern lediglich eine kontroverse Diskussion vor einem gemeinsam erlebten historisch-politischen Erfahrungshintergrund. Auch einen Grundbestand gemeinsamer Einstellungen gibt es somit nicht, sondern nur einen

103 Vgl. Peukert 1987, S. 25ff.. Siehe auch Peukert 1986.

der gemeinsamen Möglichkeit von diversen Einstellungen. Nach Fogt entstehen Politische Generationen stets in der »politisch formativen Lebensphase der politischen ›Normalbiographie‹ der Generationszugehörigen«. ¹⁰⁴ Mein Konzept lässt den Zeitpunkt der Generationsbildung zwar offen, doch billigt es wie Fogt der (Post-)Adoleszenz als entscheidender Prägungsphase eine wesentliche Bedeutung für die Generationsbildung zu. Herausgearbeitet werden in diesem Zusammenhang auch die vom generationsstiftenden Ereignis wegführenden »historischen Lerneffekte«, die zu einer Negation der ursprünglichen generationellen Denk- und Verhaltensmuster führten. ¹⁰⁵

Folgende Politische Generationen lassen sich – zunächst in Form von Hypothesen, die im Laufe der Untersuchung zu überprüfen sind – für die Zweite Republik unterscheiden:

1. die *K.u.K.-Generation* der in den 1870er Jahren Geborenen, die im österreichisch-ungarischen Kaiserreich aufwuchs und dort politisch sozialisiert wurde;
2. die zwischen 1881 und 1900 geborene *Frontgeneration*, deren männliche Mitglieder wie in vielen anderen europäischen Ländern am häufigsten und am längsten in den Ersten Weltkrieg eingezogen wurden, was sie generationell geprägt hat;
3. die etwa zwischen 1901 und 1912 geborene *Bürgerkriegsgeneration*, die als Kinder und Heranwachsende Krieg und Nachkrieg an der »Heimatfront« miterlebte und ihre formative Lebensphase – österreichspezifisch – in der innenpolitisch polarisierten Zwischenkriegszeit hatte, die 1933 im autoritären »Ständestaat« und 1934 im »Bürgerkrieg« mündete;
4. die zwischen 1913 und 1925 geborene *Kriegsgeneration*, deren männliche Angehörige das Gros der österreichischen Wehrmachtssoldaten des Zweiten Weltkriegs stellten und deren Kriegserfahrungen, neben den mit

¹⁰⁴ Fogt 1982, S. 21.

¹⁰⁵ Trotz der lebensweltlichen Evidenz generationeller Verhältnisse ist vorab vor einer emphatischen Überdetermination der Ergebnisse zu warnen. Vielmehr kann der vorgestellte Ansatz nur als *eine* von mehreren Erklärungsvariablen für den unterschiedlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus herangezogen werden. Familiäre und Milieubindung, welche mit dem Phänomen der Transgenerationalität einhergehen, sowie parteipolitisch Vergangenheitsnarrative, die genauso tradiert werden, lassen sich mit diesem Konzept nicht erklären. Daher ist die Kategorie der Generation kein universales Deutungskonzept, sondern nur als »Kollektivbegriff mittlerer Reichweite« anwendbar. Vgl. dazu Jureit 2006, S. 125. Zur Transgenerationalität siehe Parnes/Vedder/Willer 2008, S. 291–313.

- dem Nationalsozialismus verbundenen Aufstiegs- und Konsolidierungserfahrungen, das generationelle Schlüsselerlebnis bildeten;
5. die zwischen 1922 und 1931 geborene *45er-Generation*, die generationell tief durch Nationalsozialismus und Kriegsende geprägt wurde;
 6. eine generationssoziologisch nicht verortbare Zwischengeneration der zwischen 1932 und 1939 Geborenen und schließlich
 7. die vornehmlich in den 1940er Jahren geborene *Wirtschaftswundergeneration*, welche in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität aufwuchs und deren akademischer Teil die 68er-Bewegung ausmachte.

Auf die ersten beiden Generationen sei hier nur kurz eingegangen, da sie nicht unmittelbar in die Untersuchung einbezogen sind, aber dennoch wesentlichen Anteil an der geschichtspolitischen Ausrichtung Österreichs nach 1945 hatten.

Die *K.u.K.-Generation* (geb. 1870–1880) wuchs auf während einer »Überlappungs- und Übergangsphase, janusköpfig nach rückwärts und vorwärts gewandt«. ¹⁰⁶ Ihre Kindheit verbrachte sie noch in der tradierten – sozioökonomisch weitgehend rückständigen – Welt des traditionsverhafteten Habsburgerreiches, doch bereits ihre Adoleszenz war gekennzeichnet durch die Vorboten gesellschaftspolitischer und sozioökonomischer Brüche. So setzte Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur allmählich ein großer wirtschaftlicher Modernisierungsschub ein, ¹⁰⁷ sondern gleichzeitig fand in den letzten beiden Jahrzehnten auch eine Politisierung der Massen statt, die überall mit Vereins- und Parteigründungen einher ging und häufig mit dem – weitgehend erfolglosen – Ruf nach gesellschaftlich-demokratischen Reformen verknüpft war. ¹⁰⁸ Der Vielvölkerstaat vermochte es Ende des 19. Jahrhunderts zudem immer weniger, die zentrifugalen Kräfte zu integrieren, die im Zuge des Nationsbildungsprozesses aus den vielen Völkern und Ethnien der Doppelmonarchie erwachsen waren und nunmehr die deutsch dominierte Habsburgerdynastie mit Forderungen nach Gleichberechtigung und Autonomie herausforderten. ¹⁰⁹ Der allgegenwärtige aggressive Antislawismus grupperte sich neben einen Antijudaismus, der sich Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr zu einem modernen Rassenantisemitismus entwickelte, ¹¹⁰ von dem

¹⁰⁶ Hanisch 1994, S. 21.

¹⁰⁷ Sandgruber 1995, S. 292.

¹⁰⁸ Vgl. Bruckmüller 1985, S. 398ff.; Kuprian 1997.

¹⁰⁹ Vgl. Rumpler 1997, S. 426–455.

¹¹⁰ Vgl. Pauley 1993.

nicht zuletzt Hitler seine Anleihen nahm.¹¹¹ Die politisch Verantwortlichen der K.u.K.-Generation begannen ihre Karrieren noch vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, bevor sie nach 1918 in die obersten Positionen in Staat und Partei vorrückten. Daher waren ihnen die parlamentarischen Aushandlungsprozesse im Gegensatz zur Front- und Bürgerkriegsgeneration vertraut und sie zeigten in der Ersten Republik eine deutlich geringere Neigung zur innenpolitischen Polarisierung als die Jüngeren. Dieses »zivile« Phänomen lässt sich in allen drei politischen Lagern finden, so dass es als ein generationelles Spezifikum gewertet werden kann. Zurückzuführen lässt sich diese Haltung unter anderem auch die Verlusterfahrung, die mit dem Ende des so vertrauten K.u.K.-Reiches einherging und zunächst eine größere Kompromissbereitschaft entstehen ließ als bei den nachfolgenden Generationen.¹¹² Viele Protagonisten dieser Generation zogen sich nach dem Ende der Ersten Republik 1933/34 aus dem politischen Geschäft zurück, um nach 1945 nochmals kurzzeitig als Staatsgründer und »elder statesmen« in Erscheinung zu treten. Aus der Fülle der politisch Verantwortlichen dieser Generation seien nur folgende Akteure erwähnt: der zweifache Staatskanzler Karl Renner (1870–1950), der erste Nationalratspräsident der Zweiten Republik Leopold Kunschak (1871–1953), der K.u.K.-Generalstabsoffizier und spätere Bundespräsident Theodor Körner (1873–1957) sowie – zeitlich begrenzt auf die Erste Republik – die Bundeskanzler Ignaz Seipel (1874–1932), Johannes Schober (1874–1932), Otto Ender (1875–1960) und Bundespräsident Wilhelm Miklas (1872–1956).

Eine generationelle Abgrenzung von den Älteren war bei der K.u.K.-Generation nicht zu beobachten – umso mehr bei der nachfolgenden *Frontgeneration* (1881–1900), die im Kriegserlebnis ihre entscheidende Prägung erhielt. Viele zogen euphorisiert in die »Stahlgewitter« (Ernst Jünger) des Ersten Weltkriegs,¹¹³ meldeten sich wie der damals erst 17-jährige Kurt Schuschnigg¹¹⁴ (1897–1977) oder der fünf Jahre ältere Engelbert Dollfuß¹¹⁵ (1892–1934) freiwillig zur Front. Das Kriegserlebnis scheint wie in Deutschland, Frankreich und Italien¹¹⁶ die Scheidelinie gewesen zu sein,

111 Vgl. Hamann 2001, S. 337–364; Wladika 2005.

112 Vgl. Konrad/Maderthaler 2008.

113 Vgl. Rauchensteiner 1994, S. 100ff.; Ardel 1980; Unfried 1984.

114 Vgl. Schuschnigg 1938, S. 44f.

115 Vgl. Jagschitz 1983, S. 191.

116 Bei der Frontgeneration handelte es sich um eine erste europäische Generation. Vgl. Wohl 1979.

hinter der es kein Zurück mehr gab und die die Generationen voneinander trennte. »Wir, die wir der Kriegsgeneration angehören,« so der spätere KP-Funktionär Ernst Fischer (1899–1972), sind »durch einen Abgrund von der Vorkriegswelt und deren Repräsentanten getrennt«. ¹¹⁷ Jener »Abgrund« in Gestalt des Todes und Massensterbens in den Schützengräben zerstörte mit einem Mal den Jubel vom Sommer 1914 und »ließ die Träume vom heldenhaften Bewährungskampf zerrinnen.« ¹¹⁸ Zugleich war das Erleben von Tod und äußerster Bedrohung der eigenen Existenz der Nukleus des Mythos der Frontgeneration, ¹¹⁹ demzufolge die Stellungskämpfe einen neuen, stahlharten Menschentyp hervorgebracht hätten, der sich von allen bürgerlichen Lebensidealen verabschiedet und im Krieg seine eigentliche Lebenserfüllung gefunden habe. Wenngleich es sich bei dieser Vorstellung immer um ein »Produkt einer nachträglichen ideologischen Verklärung des Ersten Weltkriegs aus der Sicht rechtsextremer politischer Gruppierungen« ¹²⁰ handelte, so scheint aber die Disposition zu Gewalt und Militarismus eine generationsspezifische Erscheinung gewesen zu sein, die sie deutlich von den Älteren abhob. Denn der »Geist von 1914« ¹²¹ bestand auch nach Ende des Krieges fort, verlagerte sich nunmehr aber nach innen: »Nun hat gerade diese Kriegsgeneration die Aufgabe bekommen, die Heimat in anderer Form zu schützen. Heute steht der Feind nicht abgegrenzt von irgendwelchen Gräben oder Drahtverhauen uns gegenüber. Nach dem Krieg ist der Feind ins Volk eingedrungen. Fremder Geist und fremde Ideen haben sich in unserem Volk eingemischt und haben böses Unheil angerichtet« – so der ehemalige kaiserliche Oberleutnant Engelbert Dollfuß im Jahr 1933 in deutlich antimarxistischer Abwehrbereitschaft. ¹²²

Die Frontgeneration trat für eine kompromisslose Politik ein, endgültige Siege avisierte sie mit teleologischer Gewissheit: Die austromarxistischen Sozialdemokraten glaubten an den nahen Sieg über die kapitalistische Ordnung, konservative Gruppen – traumatisiert vom Epochenbruch 1918 ¹²³ – forderten zum Kampf gegen Sozialismus und Liberalismus auf, die Nationalsozialisten sahen zudem in der rassistischen Exklusivität der großdeutschen

117 Fischer 1931, S. 8.

118 Domansky 1986, S. 119.

119 Vgl. Ulrich/Zieman 1997.

120 Mommsen 2004, S. 145.

121 Vgl. Wohl 1979; Verhey 2000.

122 Engelbert Dollfuß, Rede in Schönbrunn, 14.5.1933, zitiert in: Jagschitz 1967, S. 119.

123 Vgl. exemplarisch Starhemberg 1971, S. 37ff.; Schuschnigg 1938, S. 52ff.

Volksgemeinschaft ihr politisches Heil. Wie sehr die Konfrontation auch von physischer Gewalt geprägt war, demonstrieren die vielen politischen Attentate und Toten, die den Weg der Ersten Republik säumten.¹²⁴ Die neue Form der gewalttätigen Militarisierung der Politik, die die Frontgeneration einleitete und sie im Unterschied zur K.u.K.-Generation, als Militär und Politik noch ganz selbstverständlich und unaufgeregt miteinander verknüpft waren, charakterisierte, fand ihren Ausdruck auch in der politischen Sprache und im Habitus.¹²⁵ Ob die (prä-)faschistische Heimwehrebewegung,¹²⁶ der Republikanische Schutzbund¹²⁷ oder die sukzessive erstarkenden Nationalsozialisten – sämtliche paramilitärischen Verbände wurden durch Angehörige der Frontgeneration angeführt.¹²⁸ Oft führten jene Militarisierungs- und Polarisierungsbestrebungen zu Auseinandersetzungen mit den Älteren. So stand beispielsweise die ältere Partielite um Renner¹²⁹ und Körner¹³⁰ dem Frontgeist der jüngeren Sozialdemokraten mehr als reserviert gegenüber; diese wiederum verstanden die »Defensivtaktik« der Älteren nach Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß nicht¹³¹ und plädierten für Aktionen, wie sie sie dann im Zuge des Schutzbundaufstandes 1934¹³² und der Gründung der

124 Vgl. Botz 1983.

125 Vgl. Bruckmüller 1985, S. 505.

126 Vgl. Edmondson 1978. Schätzungen zufolge hatte die Heimwehrebewegung 200.000 Mitglieder, davon 120.000 in paramilitärischen Verbänden. Dabei unterschieden sich die einzelnen Verbände teilweise in ihrer Zielrichtung: Während der Steirische Heimatschutz und die Kärntner Heimwehr den christlich-ständestaatlichen Kurs der Bundesführung ablehnten und sich zusehends der NSDAP annäherten, stützten die niederösterreichische und die Tiroler Heimwehr die Bundesführung und waren weniger faschistisch, sondern autoritär-reaktionär orientiert. Vgl. Mann 2004, S. 211.

127 Vgl. McLoughlin 1990.

128 Julius Deusch (1884–1968) war Obmann des Republikanischen Schutzbundes, Alexander Eifler (1888–1945) Stabschef. Auch die Hauptinitiatoren des Schutzbundaufstandes waren Angehörige der Frontgeneration: Richard Bernaschek (1888–1945), Koloman Wallisch (1889–1934), Karl Münichreiter (1891–1934), Georg Weissel (1899–1934). Richard Steidle (1881–1940), Walter Pfrimer (1881–1968), Ernst Rüdiger Starhemberg (1899–1956) und Emil Fey (1886–1938) waren die prominentesten Heimwehrführer. Hanns Rauter (1895–1949), August Edler von Meyszner (1886–1946) und Konstantin Kammerhofer (1899–1958) waren die führenden Protagonisten des nationalsozialistisch orientierten »Steirischen Heimatschutzes«; letzterer war 1932/33 dessen Leiter und sorgte für die Verschmelzung mit der SA. Vgl. dazu Pauley 1972.

129 Vgl. Renner 1953, S. 119. Siehe auch Hannak 1965, S. 566ff; Wandruszka 1975, S. 26–32.

130 Vgl. Maderthaner 1984, S. 272f.

131 Vgl. Holtmann 1975.

132 Vgl. Maderthaner 1997.

»Revolutionären Sozialisten«¹³³ auch in die Wege leiteten. Man kann also hier wie Everhard Holtmann von einem »latenten Generationskonflikt«¹³⁴ sprechen. Und auch die älteren Konservativen waren zwar an einem autoritären Umbau der Ersten Republik interessiert, doch einer völligen, quasi staatsstreichartigen Revision des politischen Systems mitsamt der Selbstauflösung der Christlichsozialen Partei, wie von Dollfuß und seinen Altersgenossen 1933/34 durchgeführt, standen sie skeptisch gegenüber.¹³⁵ Die politisch Verantwortlichen der Frontgeneration blieben in der Ersten Republik zunächst in nachgeordneten Positionen, bevor sie ab Anfang der 1930er Jahre das Ruder in Staat und Partei übernahmen.¹³⁶ Das konservative Segment der Frontgeneration war der eigentliche Träger des autoritären »Ständestaats« und dementsprechend nach dem »Anschluss« vom NS-Regime verfolgt. Sozialdemokraten und Kommunisten mussten in Teilen während der NS-Zeit emigrieren, sofern sie Juden waren oder sich in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten massiv exponiert hatten. Viele andere waren oftmals nur kurzzeitig und begrenzt den Repressalien der Nazis ausgesetzt und trugen das Regime nun nolens volens mit. Die Frontgeneration dominierte nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1960er Jahre die österreichische Politik. Aus der Fülle der Repräsentanten seien neben den schon Genannten folgende Akteure erwähnt: die Bundeskanzler Julius Raab (1891–1964) und Alfons Gorbach (1898–1972), der langjährige Innenminister Oskar Helmer (1887–1963) sowie der SPÖ-Vorsitzende und spätere Bundespräsident Adolf Schärf (1890–1965).

Während die Frontgeneration auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs ihr einschneidendes Generationserlebnis hatte, erlebten die darauf folgenden Jahrgänge der *Bürgerkriegsgeneration* (geb. 1901–1912) den Bruch mit der alten Welt an der »Heimatfront«. Existentiell bedrohliche wirtschaftliche und soziale Krisen kennzeichneten die Jahre während und nach dem Ersten Weltkrieg. Arbeitslosigkeit und sozioökonomische Verunsicherung können die generationelle Radikalisierung zwar nicht gänzlich erklären, doch in Österreich – und in anderen jungen Demokratien wie Deutschland – waren sie nicht unwesentliche Faktoren, zumal bereits die Hyperinflation Anfang der

133 Vgl. Pelinka 1981.

134 Holtmann 1975, S. 116.

135 Kriechbaumer 2001, S. 278ff. Auch den Heimwehren standen sie zu einem Großteil reserviert gegenüber. Vgl. Wiltschegg 1985, S. 28f.

136 Das gilt insbesondere für die Konservativen, die Anfang der 1930er Jahre einem zäsurartigen Generationswechsel unterworfen waren. Vgl. Kriechbaumer 2001, S. 333f.

1920er Jahre einer Vertrauensbildung in den neuen Staat abträglich gewesen war. Insbesondere auf die Mittelschichten wirkte sich die »Krise der Moderne« insofern nachhaltig aus, als sie das harmonistische, bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsideal in seinen Grundfesten erschütterte und sich davon ausgehend eine diffuse, irrationale Volksgemeinschaftsideologie durchsetzen konnte.¹³⁷

Zwar blieb das Fronterlebnis eine unaufhebbare Erfahrungsdifferenz zwischen den Soldaten und der Kriegsjugend, doch auch für die Jüngeren war der Erste Weltkrieg eine »einschneidende biographische Zäsur«, ¹³⁸ die generationsprägend war. Dies gilt umso mehr, als die Bürgerkriegsgeneration ihre Adoleszenz in der Ersten Republik erlebte, deren ökonomisch-politische Krisenhaftigkeit gepaart war mit politischer Gewalt. Spätestens mit dem Justizpalastbrand im Jahr 1927 als innenpolitischem Wendepunkt nahm der »latente Bürgerkrieg« seinen Anfang und steigerte sich über die Ausschaltung des Parlaments infolge einer Geschäftsordnungskrise 1933 bis zum darauf folgenden Jahr, als der nunmehr von den Konservativen errichtete autoritäre »Ständestaat« nicht nur durch die Niederschlagung des Schutzbundaufstandes ein »emotionales Trümmerfeld«¹³⁹ hinterließ, sondern seinerseits wenige Monate danach einem nationalsozialistischen Putschversuch ausgesetzt war, dessen prominentestes Opfer Dollfuß selbst war.¹⁴⁰ Insofern hinterließ der Krieg als Sozialisationsinstanz auch an der »Heimatfront« unmittelbare Spuren. »Die Jugend, die den Krieg nicht mitgemacht hatte, folgte willig den Vätern«, so recht treffend das 1912 geborene zeitweilige Heimwehrmitglied Walter Wiltschegg über die Gewaltdisposition seiner Generation.¹⁴¹ Der langjährige Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (1912–1991), der in seiner Jugend auch der Heimwehr angehört hatte, kann dies nur bestätigen: »In allen drei Lagern waren viele junge Menschen, die den bewaffneten Kampf nicht aus eigener Erfahrung kannten, die ihn aber als ein Motiv ihrer Lebens- und ihrer politischen Vorstellungen unbedingt bejahten.«¹⁴² Und in der Tat, die vielen, zuweilen paramilitärisch organisierten Jugendverbände und -bünde legten hier berechtigt ein Zeugnis ab – egal, ob bündisch, katholisch

137 Vgl. Götz von Olenhusen 1987, S. 25 und die historiografische Volksgemeinschaftsdebatte der letzten Jahre: zusammengefasst in Kershaw 2011 und Wildt 2011.

138 Wildt 2003, S. 848.

139 Hanisch 1994, S. 306.

140 Vgl. Jagschitz 1976.

141 Wiltschegg 1985, S. 24.

142 Drimmel 1975, S. 264.

oder sozialistisch orientiert.¹⁴³ Dass Gewalt für diese Altersgruppe Mittel der politischen Auseinandersetzung war, beweist nicht zuletzt ein quantifizierender Blick auf die Altersstruktur der »Militanten«: Meistens von den Angehörigen der Frontgeneration angeführt, stellte quer durch alle politischen Lager die Bürgerkriegsgeneration in etwa zwei Drittel der Täter und Opfer bei gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen.¹⁴⁴ Besonders jung waren die Nationalsozialisten, deren Geburtsjahrgänge in Österreich schwerpunktmäßig zwischen 1899 und 1913 lagen.¹⁴⁵ Diese Alterskohorten waren vom Ersten Weltkrieg, über die politischen und ökonomischen Nachkriegskrisen bis hin zur Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit ab 1929 spezifischen Sozialisationsbedingungen ausgesetzt, die sie für den Nationalsozialismus als nationale Aufbruchsbewegung prädestinierten. Die Volksgemeinschaftsideologie, der Kult der Gewalt, die Verherrlichung der Fronterfahrung haben diese Altersgruppe »von ihrem jugendlichen Stadium faschistisch vorgeprägt«¹⁴⁶ – dies gilt insbesondere für das akademische Segment, das wie in Deutschland in den 1930er Jahren dem Nationalsozialismus als Heilversprechung für eine bessere Zukunft folgte.¹⁴⁷ Auch das spätere Führungspersonal der österreichischen Nationalsozialisten rekrutierte sich überdurchschnittlich aus der Bürgerkriegsgeneration.¹⁴⁸ Ulrich Herberts Urteil, diese Geburtskohorten seien »als vornehmliche Trägergruppe der NS-Diktatur identifizierbar«,¹⁴⁹ scheint daher auch für die »Ostmark« zu gelten. Für die sozialistischen Kohorten der Bürgerkriegsgeneration war bereits die gewaltsame Niederschlagung der Demonstration vor dem Justizpalast 1927 äußerst prägend gewesen; der gescheiterte Februaraufstand 1934 war regelrecht ein »fundamentaler Einschnitt ihres Lebens«.¹⁵⁰ Denn die Zerschlagung der organisierten Sozialdemokratie zog nicht nur das Verbot der SDAP nach sich, sondern auch die Auflösung der Gewerkschaften, aller Kultur- und Sportver-

143 Vgl. Gehmacher 1995.

144 Vgl. Botz 1983, S. 325ff.

145 Vgl. Botz 1990b, S. 39; Jagschitz 1995, S. 240.

146 Botz 1982, S. 39. Vgl. auch Kater 1985; Mann 2004, S. 213.

147 Vgl. Mann 2004, S. 220.

148 Adolf Eichmann (1906–1962), Ernst Kaltenbrunner (1903–1946), Friedrich Rainer (1903–1947), Odilo Globocnik (1904–1945), Siegfried Uiberreither (1908–1984), Franz Hofer (1902–1975), Tobias Portschy (1905–1996), August Eigruber (1907–1947), Gustav Adolf Scheel (1907–1979), Franz Stangl (1908–1971), Alois Brunner (1912–?), Franz Novak (1913–1983). Vgl. Pohanka 1997; Jagschitz 2000, S. 103.

149 Herbert 2003, S. 100.

150 Safrian/Sieder 1985, S. 145.

einigungen bis hin zur Schließung der Arbeiterbibliotheken. Frustriert über die Entziehung ihrer Tätigkeitsfelder und vor allem über das inkonsequente Handeln der eigenen Parteiführung wandten sich viele junge Sozialisten den bis dahin bedeutungslosen Kommunisten zu.¹⁵¹ Einige schlossen sich den Nazis an.¹⁵² Die Parteiarbeit war nach dem Verbot einschneidenden Umstrukturierungsprozessen unterworfen, schließlich musste ein Modus Vivendi in der Illegalität gefunden werden. Vor allem die jüngeren Parteifunktionäre beteiligten sich daran, denn die Älteren waren entweder emigriert oder zu bekannt¹⁵³ oder aber konnten als erfahrene Parlamentarier wie Karl Renner mit illegalen Aktionen nichts anfangen.¹⁵⁴ Für viele Sozialisten aus der Bürgerkriegsgeneration war die illegale Parteiarbeit mit der damit häufig verbundenen Verfolgungs- und Haftzeit äußerst prägend. An dieser Stelle sei nur an Bruno Kreisky (1911–1990) erinnert, der 1935 aufgrund seiner Teilnahme an der ersten Reichskonferenz der Vereinigten Sozialistischen Partei in Brünn verhaftet wurde und für knapp zwei Jahre wegen Hochverrats ins Gefängnis gehen musste.¹⁵⁵ Die konservativen Altersgenossen dagegen engagierten sich im autoritären »Ständestaat« und traten bald in die Dienste der Diktatur.¹⁵⁶ Aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Bekanntheit waren sie oftmals nicht solch starken Repressalien ausgesetzt wie die konservative Frontgeneration, die den Nazis als eigentliche Hauptträgerin des »Ständestaats« besonders verhasst war.¹⁵⁷ Die Sozialisten hingegen blieben wie die Älteren während der NS-Herrschaft relativ unbehelligt, sofern sie keine Juden waren und in den Jahren zuvor nicht zu exponiert Stellung gegen den Nationalsozialismus bezogen hatten. Ernst Hanisch führt als Erklärung für diese *laissez-faire*-Haltung der Nazis die »großdeutsche« Einstellung der österreichischen Sozialdemokratie an, die in diesem Punkt mit dem Nationalsozialismus konform ging.¹⁵⁸ Dies mag zwar grundsätzlich stimmen, doch lässt sich jene Haltung mehr auf den autoritären »Ständestaat« als gemeinsamen Gegner von Nazis und Sozialdemokraten zurückführen, da das großdeutsche Moment in der Zwischenkriegszeit in allen Lagern mehr oder

151 So erhöhte sich die Mitgliederzahl der illegalen KPÖ alleine zwischen Februar und September 1934 von 3000 auf 16.000 Mitglieder. Vgl. Ehmer 1995, S. 223.

152 Vgl. Schafranek 1990.

153 Vgl. Leichter 1968, S. 137ff.; Buttinger 1953, S. 41f.

154 Vgl. Hannack 1965, S. 622. Siehe auch Leichter 1968, S. 158.

155 Vgl. Kreisky 1986, S. 250.

156 Vgl. exemplarisch Sporrer/Steiner 1984, S. 14; Maleta 1981, S. 83ff.

157 Vgl. die Biografien in Dachs/Gerlich/Müller 1995.

158 Vgl. Hanisch 1994, S. 391.

minder stark verankert war.¹⁵⁹ Was letztendlich bleibt, ist der Befund, dass für diese Altersgruppe eben nicht Nationalsozialismus und »Anschluss« das generationelle Schlüsselereignis waren, sondern eben der latent-manifeste Bürgerkrieg 1927/34.¹⁶⁰ Dies gilt vor allem für das sozialistische Segment der Bürgerkriegsgeneration, das Diktatur und Freiheitsentzug zuerst unter dem autoritären »Ständestaat«, nicht aber unter dem NS-Regime erlebt hatte.¹⁶¹ Die Bürgerkriegsgeneration kam größtenteils ab den 1950er Jahren in die obersten Positionen in Staat und Partei und bestimmte teilweise bis in die 1980er Jahre die österreichische Politik. Aus der Fülle der Repräsentanten seien neben den bereits Genannten folgende erwähnt: die Bundeskanzler Leopold Figl (1902–1965) und Josef Klaus (1910–2005), die Vizekanzler Fritz Bock (1911–1993) und Hermann Withalm (1912–2003), der SPÖ-Vorsitzende Bruno Pittermann (1905–1983), die SPÖ-Minister Franz Olah (1910–2009) und Karl Waldbrunner (1906–1980) sowie der langjährige sozialdemokratische Nationalratspräsident Anton Benya (1912–2001).

Während das Fronterlebnis des Ersten Weltkriegs die unsichtbare Scheidewand zwischen der älteren Front- und jüngeren Bürgerkriegsgeneration darstellte, war ihre Gewaltdisposition in der Ersten Republik sehr ähnlich, zumal für die Jüngeren der Krieg an der »Heimatfront« ebenso generationsprägend gewesen war.¹⁶² Mehr noch: »Den Vorsprung, den die Älteren durch ihre Kriegsteilnahme und »Fronterfahrung« hatten, versuchten die Jüngeren durch die Übernahme des Frontkämpferideals für den Kampf im Innern, durch die Stilisierung des kalten, entschlossenen Kämpfers [...] zu kompensieren.«¹⁶³

159 Vgl. Wiltschegg 1992.

160 Withalm 1973, S. 38: »Einer meiner ersten Eindrücke – einer, der begreiflicherweise lange nachgewirkt hat – war der 15. Juli 1927, der Tag, an dem der Justizpalast brannte. Was Wunder, wenn solche Ereignisse dazu beitragen, die sowieso schon bestehenden schroffen Gegensätze und Fronten noch zu verhärten. [...] Wir alle wissen aus eigener Erfahrung daß gerade Erlebnisse in der Jugend besonders im Gedächtnis haften und daß vor allem sie den Charakter junger Menschen beeinflussen. Das galt gleichermaßen für die jungen Sozialdemokraten, für die jungen Nationalsozialisten und für uns, die jungen Christlichsozialen.«

161 Kreisky 1986, S. 203: »Für die österreichische Arbeiterschaft war der Tag, an dem sie vernichtet und ihr Wiedererstehen in die ferne Zukunft verlegt wurde, ein so schwerer Schlag, daß sie diesen 12. Februar als *die* Konfrontation erachtete, mehr als vier Jahre später den Einmarsch Hitlers.« Ähnlich Kreisky 1996, S. 230.

162 Wildt hebt die damaligen Kriegsspiele hervor, die oft zu einer Identifizierung der Jugend mit den älteren Soldaten geführt hätten. Vgl. Wildt 2003, S. 848.

163 Herbert 2003, S. 98.

Vor ihrem ähnlichen soziokulturellen und -ökonomischen Hintergrund scheint es sinnvoll, beide Generationen in eine mentale Großgruppe zu integrieren, zumal die historischen Lerneffekte und späteren Situationsdeutungen nach 1945 identisch waren. Denn für die von Militanz und Gewalt geprägten Front- und Bürgerkriegsgenerationen gehörten zur NS-Zeit historische Lerneffekte im Umgang mit dem jeweiligen politischen Gegner von einst, die ausschlaggebend dafür waren, dass sich beide Generationen nach 1945 an den Verhaltensmustern der älteren K.u.K.-Generation orientierten. Diese hatte von jeher zivilen Aushandlungsprozessen den Vorzug gegeben und war überdies aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters kaum mit dem Nationalsozialismus affiziert worden. Die Nachkriegsrealitäten und die Zwänge der Besatzungsmächte ließen ihnen auch fast keine andere Wahl; der Wiederaufbau des Landes konnte nur in unausgesprochenem gegenseitigem Einvernehmen geleistet werden. Tradiert wurde in diesem Prozess wie bereits schon angemerkt auch die auf das Habsburger-Reich bezogene Verlusterfahrung der K.u.K.-Generation, die auch im Nationsbildungsprozess von nicht unerheblicher Bedeutung war.¹⁶⁴ Inter- und intragenerationelle Auseinandersetzungen – zumal militant-physischer Natur wie in der Zwischenkriegszeit – waren demgegenüber dysfunktional, vonnöten war die geistige Abrüstung des »Bürgerkriegs«. Bei diesem Prozess erwies sich die Opferthese, deren Entstehung im nächsten Kapitel noch eingehend illustriert wird, als funktionales Moment. Denn damit konnte nicht nur der österreichische Nationsbildungsprozess vorangetrieben und die »Schuldfrage« ausschließlich nach Deutschland delegiert werden, sondern mithilfe der Stilisierung als Opfer konnten überdies die tiefen politisch-emotionalen Gräben zwischen dem sozialistischen und christlich-konservativen Lager zumindest oberflächlich eingeebnet werden, schließlich waren etliche Protagonisten beider Lager Opfer des NS-Regimes gewesen.

Hierbei spielte der »Lagerstraßenmythos« eine wesentliche Rolle. Demnach hätten Konservative und Sozialisten in den Konzentrationslagern der Nazis zueinander gefunden und eine Zusammenarbeit für nach Ende der NS-Zeit verabredet. Diese wurde als »Katharsis« interpretiert, die nicht nur zur Versöhnung beider Lager, sondern auch zur generellen Selbstbesinnung als Österreicher geführt hätte.¹⁶⁵ Der häufig beschworene – jedoch historisch

¹⁶⁴ Vgl. Konrad/Maderthaner 2008.

¹⁶⁵ Vgl. exemplarisch Bock, in: Kunz 1989, S. 35f.: »Wir haben uns [...] auf der Lagerstraße von Dachau und in anderen Ubikationen sofort zusammengefunden und haben uns ge-

so nicht korrekte¹⁶⁶– »Geist der Lagerstraße« wurde neben der Opferthese zum zweiten dominanten Gründungsmythos, der in der Folge auch von der österreichischen »Koalitionsgeschichtsschreibung« unhinterfragt übernommen wurde.¹⁶⁷ Er war zudem und vor allem die eigentliche Generationserzählung der politisch Verantwortlichen der Front- und Bürgerkriegsgeneration nach 1945, sofern sie dem sozialistischen oder christlich-konservativen Lager angehörten. Laut Oliver Marchart machte der »Lagerstraßenmythos« das nationalsozialistische Konzentrationslager nicht nur zu einem »Ort der Versöhnung«, sondern auch zu einem »stabilisierenden Prinzip künftiger sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit«.¹⁶⁸ Diese war für die jeweilige Parteiklientel, die noch in den Konflikten der Zwischenkriegszeit verhaftet war, am Anfang nämlich erklärungsbedürftig; der »Lagerstraßenmythos« diente also im Sinne einer Politik des »Burgfriedens«¹⁶⁹ als Legitimationsbasis für die Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ. Erleichtert wurde diese Entwicklung auch dadurch, dass die Hauptprotagonisten des autoritären »Ständestaats« wie etwa Schuschnigg und Starhemberg im Nachkriegsösterreich keine politische Rolle mehr spielten und ins Ausland gingen, und dass der linke Flügel der Sozialdemokratie schon nach kurzer Zeit einflusslos wurde. Anton Pelinka hat zu diesem Vorgang treffend angemerkt: »Die Repräsentanten der Eliten der beiden Lager hatten aus der Geschichte gelernt – sie schlossen einen umfassenden Kompromiß, sie teilten die Gesellschaft auf, sie beteiligten einander an der Macht, sie garantierten einander Mäßigung. Die Zweite Republik begann, durchaus erfolgreich, als Elitenkartell zwischen den alten Kräften der beiden alten, großen Lager.«¹⁷⁰

Dass dieser historische Kompromiss auf Gedächtnislücken basieren musste, scheint offensichtlich, denn auch weiterhin waren die emotionalen Klüfte erkennbar, die die Parteien nach wie vor trennten. Die historischen Lerneffekte beider Generationen ebneten den Weg zur Konkordanzdemokratie und Etablierung einer stabilen Sozialpartnerschaft, die auch das Ende der großen Koalition 1966 überdauerten. Das latente Misstrauen der einstigen Feinde motivierte jenes System des Proporz. Das bis ins kleinste Glied

schworen: wenn wir diese Zeit überhaupt überleben sollten, werden wir Österreich nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander aufbauen.«

166 Vgl. Rathkolb 2005, S. 76f.

167 Vgl. exemplarisch Neck 1972, S. 150.

168 Marchart 2005, S. 38.

169 Vgl. Klamper 1997.

170 Pelinka 1987, S. 146.

ausbalancierte Proporzsystem ist daher gleichsam als Negation und Fortsetzung der intragenerationellen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit zu begreifen. Nur die Nationalsozialisten ließen sich nicht über das antifaschistisch grundierte Opfernarrativ in das neue Gemeinwesen integrieren. Die Opferthese musste – der Vorgang wird im nächsten Kapitel noch genauer beschrieben – für andere, teilweise gegenläufige Leiddiskurse geöffnet und universalisiert werden, damit sie vollends intra- und darüber hinaus supragenerationell anwendbar werden konnte. Als intragenerationelles Moment bewirkte dieser Vorgang die gesellschaftliche sowie innerparteiliche Integration des nationalsozialistischen und deutschnationalen Segments der Front- und Bürgerkriegsgeneration.

Der Bürgerkriegsgeneration folgte die *Kriegsgeneration* (geb. 1913–1925), deren männliche Angehörige als junge Soldaten am häufigsten und längsten im Zweiten Weltkrieg eingesetzt waren, was sie generationell prägte. Bei Ausbruch des Krieges waren sie etwa zwischen 14 und 26 Jahre alt. Ihre Kindheit verbrachten sie größtenteils noch in der krisengeschüttelten Ersten Republik, ihre Adoleszenz hingegen stand bereits unter diktatorischen Vorzeichen. Zwar vermochte es das autoritäre Dollfuß-/Schuschnigg-Regime vergleichsweise wenig, die österreichische Jugend mithilfe der Schulerziehung¹⁷¹ oder der VF-Organisation »Österreichisches Jungvolk«¹⁷² staatlich einzubinden, doch der vaterländische Autoritarismus der klerikalen Regierungsdiktatur blieb nicht ohne Einfluss auf die Persönlichkeitsstruktur der Heranwachsenden. Denn die »Krukenkreuzler« nahmen in katholisch-antiliberaler Form vieles elementar vorweg, was das NS-Regime nach dem »Anschluss« 1938 ins Totalitäre steigerte. Zwischen 1938 und 1945 wurden ungefähr 1,3 Millionen österreichische Männer zur Wehrmacht eingezogen; dies entsprach etwa 40,5 Prozent der männlichen »österreichischen« Bevölkerung. Knapp 20 Prozent der Soldaten kehrte nicht zurück.¹⁷³ Österreicher waren in allen Bereichen der Wehrmacht und der SS tätig; viele von ihnen waren in von überdurchschnittlich von ihren eigenen Landsleuten frequentierten Divisi-

171 Vgl. Dachs 1982, S. 223–369.

172 Die Mitgliedschaft beim »Österreichischen Jungvolk« war freiwillig. Im März 1938 hatte die Jugendorganisation der Vaterländischen Front ca. 130.000 Mitglieder, von denen 70.000 aus der Heimwehr-Jugend stammten. Die Katholische Jugend hingegen, die den Vereinnahmungsversuchen der Vaterländischen Front mit der Vereinigung der katholischen Jugendverbände in der Österreichischen Jungfront entgegnete, konnte auf mehr als 300.000 Mitglieder verweisen. Vgl. Kriechbaumer 2002, S. 35.

173 Vgl. Manoschek/Safrian 2000; Germann 2006 in Bezug auf die Bevölkerungszahlen von 1939; Overmanns 2000.

onen eingesetzt, die in Norwegen, Russland und auf dem Balkan kämpften. Hier sei nur an Kurt Waldheim (1918–2007) erinnert, der als Wehrmachtsoffizier in Russland und auf dem Balkan stationiert gewesen war. Im Gegensatz zu den Soldaten der 45er-Generation, die mehrheitlich in den Kriegsdienst einberufen wurden, als sich die Wehrmacht überwiegend auf dem Rückzug befand, waren die Soldaten der Kriegsgeneration auch an den militärischen Anfangserfolgen beteiligt. Dieser Unterschied darf nicht übersehen werden, denn das persönliche Erleben der »Blitzkriege« ließ die älteren Soldaten vergleichsweise länger an den »Endsieg« glauben als die jüngere 45er-Generation.¹⁷⁴ Aufgrund selbst erlittener und selbst begangener Kriegsgräueltaten kehrten viele Soldaten gebrochen aus Krieg und Gefangenschaft zurück. Das Erleben von Mord und Tod brannte sich oft in einem solchen Maß in das Gedächtnis ein, dass meistens ein kritischer Blick zurück – nicht zuletzt des psychischen Selbstschutzes wegen – versperrt blieb. Viele ehemalige Soldaten zogen sich zeitlebens auf den Verweis einer nebulösen Pflichterfüllung zurück, welche den Kriegsdienst als unpolitische Pflicht positiv deutete und dadurch einer kritischen Reflexion im Weg stand. Über alle sozialen und politischen Differenzen hinweg teilte die Kriegsgeneration zudem noch eine weitere gemeinsame Erfahrung: nämlich nach dem Krieg völlig desillusioniert und unglaublich dazustehen. Der anfängliche »Anschluss«-Aufbruch in eine bessere Zukunft, oft vermischt mit individuellen Aufstiegsmöglichkeiten, wich Zerstörung und Tod, so dass es nach Kriegsende kaum etwas gab, auf das man hätte aufbauen können. Die Kriegsgeneration war meistens zu jung, um nach 1945 auf Wertemuster aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus zurückgreifen zu können und zugleich zu alt, um sich wie die 45er-Generation grundlegend neu orientieren zu können. Denn nicht nur die Erfahrungswelt, auch die normative Ausrichtung der beiden Diktaturen hatte tiefe Spuren hinterlassen. »Die Jugend, die während der Jahre 1933–1945 ihre politische Prägung erhielt, wurde zu einem Gutteil mitgeprägt von Inhalten wie Rassebewusstsein, Einordnung und Gehorsam, Loyalität gegenüber Führer und Vaterland und dem Glauben an die Notwendigkeit uneingeschränkter Selbstaufopferung.«¹⁷⁵ Diese in der Phase der sekundären Sozialisation vermittelten Werte »lösten sich natürlich mit der Beseitigung des NS-Regimes nicht in Luft auf, sondern wirkten in vielfältigster Weise – wenn auch gebrochen – fort; sie machten einen wesentlichen Teil des zerklüfteten

174 Vgl. Schörken 1990.

175 Dachs 2000, S. 463f.

emotionalen Untergrundes aus, auf dem die Zweite Republik errichtet wurde. [...] Das Wort von der ›verlorenen‹ Generation ist hier wahrlich nicht zu hoch gegriffen« – so der Politikwissenschaftler Herbert Dachs.¹⁷⁶

Die Integration der Kriegsgeneration in das neue Gemeinwesen konnte nur durch die Universalisierung der Opfererzählung vollzogen werden. Denn häufig liefen die vom Krieg und Zusammenbruch geprägten Erfahrungen und retrospektiven Wahrnehmungen der offiziellen Lesart des Kriegsdienstes als Zwang in der »fremden Uniform« zuwider. Nunmehr ermöglichte jene Universalisierung den Soldaten, ihre Wahrnehmungen und Deutungen im Sinne eines generellen Opfergangs (zur Verteidigung der »Heimat«) in das Opfernarrativ einzubringen. Dieser Vorgang bewirkte eine Amalgamierung von völlig unterschiedlichen narrativen Momenten, scheint aber im Hinblick auf Waldheims Argumentationsmuster durchaus generationstypisch gewesen zu sein. Die Kriegsgeneration trat ab den 1960er Jahren in die politischen Spitzenämter ein und bestimmte teilweise bis in die 1990er Jahre die österreichische Politik. Aus der Fülle der Akteure seien neben Waldheim nur folgende Repräsentanten erwähnt: Bundespräsident Rudolf Kirchschläger (1915–2000), die SPÖ-Politiker Kurt Steyrer (1920–2007), Theodor Kery (1918–2010) und Otto Rösch (1917–1995), der langjährige FPÖ-Vorsitzende Friedrich Peter (1921–2005) sowie der Industriellen-Präsident Herbert Krejci (*1922). Darüber hinaus entstammten der Kriegsgeneration viele Journalisten, die wie *Presse*-Herausgeber Otto Schulmeister (1916–2001) und *Krone*-Eigentümer Hans Dichand (1921–2010) im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit noch maßgeblichen (geschichts-)politischen Einfluss hatten.¹⁷⁷

Der Kriegsgeneration folgte die *45er-Generation*, deren generationelles Schlüsselereignis das Kriegsende war. In der Literatur zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist diese Generation als »skeptische Generation«, »Flakhelfer-« oder »HJ-Generation« bekannt. Ihr werden jeweils leicht verschobene Geburtskohorten zwischen etwa 1918 und Mitte der 1930er Jahre zugerechnet. Den eigentlichen Kern stellen die in den 1920er Jahren Geborenen dar. Einigkeit besteht darüber, dass diese Gruppe – in Kindheit und Jugend noch vom Nationalsozialismus geprägt – das Kriegsende 1945 als Desillusionierung und/oder persönlich tief greifenden Umbruch erlebte.¹⁷⁸ Für Österreich scheint diese generationelle Zuschreibung auch zu gel-

176 Dachs 2000, S. 464.

177 Vgl. Manoschek 2006a.

178 Vgl. Moses 2000; von Hodenberg 2005; Schelsky 1957; Schörken 1984; Bude 1987; Rosenthal 1986.

ten, allerdings mit dem Unterschied, dass der Nationalsozialismus hier unter anderen Bedingungen und erst 1938 an die Macht kam, also anstatt zwölf nur sieben Jahre herrschte, wovon sechs Jahre wiederum Kriegsjahre waren. Zu den österreichischen 45ern zähle ich die Geburtskohorten 1922 bis 1931, die alle Mitglied der HJ und deren männliche Angehörige oftmals in Kampfhandlungen und militärische Hilfsdienste involviert waren; den Kern dieser Generation bilden jedoch die Flakhelfer-Jahrgänge 1926–1929. Weniger die Schule als vielmehr die Hitler-Jugend diente hier als »die entscheidende Sozialisations-Instanz«. ¹⁷⁹ Alle Angehörigen der 45er-Generation waren seit der Einführung der Jugenddienstpflicht im Jahr 1939 zur Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend verpflichtet, wenngleich das Freiwilligkeitsprinzip bereits davor ausgehöhlt war und sich dementsprechend das NS-Regime in der »Ostmark« gleich in den ersten Wochen nach dem »Anschluss« um die Erfassung der österreichischen Jugend in die HJ bemühte. ¹⁸⁰ Das gemeinsame Generationserlebnis dieser Geburtskohorten war – vor dem Hintergrund der Hitler-Jugend – der Zusammenbruch 1945, der allerdings in unterschiedlicher Position wahrgenommen wurde. Die älteren Jahrgänge waren in den letzten Kriegsjahren noch als Soldaten eingezogen worden und erlebten den Zusammenbruch bei Rückzugsgefechten an der Front. Die jüngeren 45er bewahrte hingegen die »Gnade der späten Geburt« ¹⁸¹ vor der aktiven Kriegsteilnahme, weil sie nur als Flakhelfer oder Blitzmädel zu militärischen Hilfsdiensten herangezogen wurden. So genügten also oft nur ein oder zwei Jahre Unterschied, um entweder in die Wehrmacht einberufen worden zu sein, an der »Heimatfront« in unterschiedlicher Position militärische Hilfsdienste abgeleistet oder abseits davon als pubertierende Heranwachsende in Luftschutzkellern das Kriegsende verfolgt zu haben. Das Bewusstsein dieser altersbedingten Fatalität ermöglichte es der 45er-Generation laut Heinz Bude, nach Kriegsende »Verständnisbrücken« zu den Älteren aufzubauen, ¹⁸² was auch dazu beitrug, dass eine Diskussion über Schuld und Verantwortung mit der älteren Generation nach 1945 weitgehend ausblieb. Dies gilt umso mehr für Österreich, als in der Bundesrepublik die intellektuellen 45er wie Habermas, Mommsen, Enzensberger und Grass sehr wohl Schuld thematisierten, ohne allerdings wie die 68er die Elterngeneration direkt anzugreifen. Als Angehörige der Hitler-Jugend war die 45er-Generation selbst

179 Klönne 1984, S. 7.

180 Vgl. Gehmacher 1993.

181 Gaus 1983, S. 275.

182 Bude 1992, S. 81.

zu sehr in den Nationalsozialismus verstrickt gewesen,¹⁸³ als dass sie nun eine moralische Bewertung der Älteren hätte vornehmen wollen.¹⁸⁴ »Die Jugendlichen von 1945 haben erlebt, wie die Leitvorstellungen des deutschen Selbst vor ihren Augen zusammenbrachen. Das galt zuerst für die Generation ihrer Väter, die schlapp und ausgebrannt aus dem Krieg und aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause zurückkehrten. Die Söhne und Töchter hielten ihnen aber nicht die materielle und moralische Katastrophe vor, die sie zu verantworten hatten, sondern sie reagierten mehr mit Mitleid auf diese derangierten Gestalten.«¹⁸⁵ Budes Urteil lässt sich auch auf Österreich übertragen. Desillusionierung und ein Gefühl des Verraten- und Betrogenwordenseins¹⁸⁶ waren auch hier gepaart mit Schock und Erleichterung über das Ende des Krieges, was Fragen nach Schuld für die 45er in den Hintergrund treten ließ. Die Angehörigen der 45er-Generation erlebten Krieg und Nationalsozialismus in untergeordneter Position als Zaungäste. Manch einer nutzte diese physische Distanz später zu einer inneren Distanzierung vom Nationalsozialismus. Denn als das NS-Regime zusammenbrach, war der überwiegende Teil der 45er um die 20 Jahre alt; die formative Phase war also noch nicht abgeschlossen und eine grundlegende politisch-soziale Neuorientierung nicht zuletzt aufgrund des fundamentalen Zäsurcharakters von 1945 noch möglich. Auf der anderen Seite gab es auch etliche 45er, die mit dem Nationalsozialismus eine persönlich sehr positive Jugenderfahrung verbanden und diese subjektive Sicht unreflektiert beibehielten. Hier sei beispielsweise an den langjährigen Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Leopold Wagner (1927–2008) erinnert, der sich stets mehr stolz als reumütig dazu bekannte, ein »hochgradiger Hitler-Junge« gewesen zu sein.¹⁸⁷ Denn wie der Zusammenbruch 1945 sehr unterschiedliche Perzeptionen evozierte, so konnte auch die Zeit in der HJ als generationsspezifische Sozialisationsinstanz manchmal gegensätzlichen Erinnerungen zwischen Zwang und Frei-

183 Vgl. dazu Neven DuMont 2007.

184 Vgl. Herbert 2003, S. 106.

185 Bude 1992, S. 82f.

186 Vgl. exemplarisch der Bericht eines ehemaligen österreichischen HJ-Führers: Ringler 1977, S. 9: »Das ist mein Bericht über eine Jugend, die einst in den Himmel gehoben wurde, die das Höchste und Teuerste war, was die Nation hatte. Eine Jugend, die später schmäählich in Stich gelassen wurde, die am Ende verachtet, verlacht und verraten wurde. Eine Jugend, der nichts erspart geblieben ist und die, auf sich alleine gestellt, aus dem Chaos herausfinden mußte, um eine neue Welt und damit eine neue Weltanschauung zu gewinnen.« Dazu siehe auch Kater 2005, S. 212; Klafki 1988, S. 168.

187 Vgl. dazu Falter, Nr. 5, 30.1.2004, S. 8.

zeitspaß unterworfen sein.¹⁸⁸ Und genauso wie die Erinnerungs- und Wahrnehmungsmuster differierten, so fielen auch die politischen Konsequenzen nach 1945 unterschiedlich aus. Manch einer hatte aufgrund dieser Generationserfahrung fortan ein äußerst distanzierendes »skeptisches« Verhältnis zur Politik und zu Ideologien,¹⁸⁹ andere wiederum nahmen das 45er-Erlebnis zum Anlass für politisches Engagement.¹⁹⁰ In jedem Fall handelte es sich bei den politischen Akteuren dieser Altersgruppe um eine vergleichsweise technokratisch-zukunftsorientierte Generation, die praxisnah und ideologiefremd Politik machte. Für die vergangenheitspolitische Entwicklung der Zweiten Republik scheint ausschlaggebend zu sein, dass anders als in der Bundesrepublik Deutschland Angehörige der österreichischen 45er-Generation – abgesehen von wenigen polaren Gegenformen wie Helmut Qualtinger (1928–1986) sowie Autoren im Umkreis des »Neuen Forum« – keine entscheidenden Anstöße für eine kritische historische Selbstreflexion lieferten. Das oben genannte Beispiel des »hochgradigen Hitlerjungen« demonstriert exemplarisch das oft ambivalente Verhältnis vieler auch politischer Akteure der 45er-Generation zum Nationalsozialismus. Einerseits hatte man sich rational nach 1945 vom Nationalsozialismus gelöst und engagierte sich für das demokratische Gemeinwesen, andererseits schimmerte in unregelmäßigen Abständen die frühere vorkriegspolitische Gefühlsanbindung an den Nationalsozialismus durch. Jene »Verständnisbrücken« zu den Älteren waren über alle politischen und sozialen Differenzen hinweg oft sehr breit gebaut.¹⁹¹ Die politischen Akteure der 45er-Generation engagierten sich bald nach dem Kriegsende in den wieder gegründeten Parteien und machten rasch Karriere. Ab den 1970er Jahren besetzten sie die Spitzenämter der Zweiten Republik, welche sie bis in die 1990er Jahre innehatten. Aus der Fülle der Repräsentanten seien bloß folgende Akteure genannt: Bundeskanzler Fred Sinowatz

188 Klönne 1984, S. 7.

189 Vgl. exemplarisch Kannonier-Finster 2004, S. 152ff.

190 Vgl. exemplarisch die Grünen-Politikerin Freda Meißner-Blau (*1927): »[U]nd dann sah ich die ersten Phosphorleichen auf der Straße. Menschen, erwachsene Menschen, die von den Phosphorbomben geschrumpft waren und das war so ein tiefgreifendes Erlebnis, ich glaube, das war eines meiner Schlüsselerlebnisse im Leben, wo ich mir damals gesagt habe als 17jähriges Mädlein: ›Das darf nie wieder passieren. Da bin ich auch verantwortlich.« Zitiert in: Spiegel 2005, S. 146f.

191 Vgl. exemplarisch Zilk 2007, S. 36: »Ich habe immer jenen geholfen, die jung waren, die überredet worden sind. [...] Seit damals verstehe ich alle, die unter Druck [bei der SS] unterschrieben haben. Ohne meinen Vater hätte ich das Schicksal eines Friedrich Peter erlitten.«

(1929–2008), die Wiener Bürgermeister Leopold Gratz (1929–2006) und Helmut Zilk (1927–2008), die ÖVP-Landeshauptmänner Siegfried Ludwig (*1926) und Josef Ratzenböck (*1929) sowie die Grünen-Gründerin Freda Meißner-Blau (*1927).

Die zwischen 1932 und 1939 Geborenen stellen eine Zwischengeneration dar, bei der kein eigener Generationszusammenhang vorliegt; solche Geburtsjahrgänge gehen Mannheim zufolge in dem vorausgegangenen oder nachfolgenden Generationszusammenhang auf: Die Älteren unter ihnen waren mit der Hitler-Jugend teilweise noch als »Pimpf« in Berührung gekommen, die Jüngeren hatten hingegen nur marginale Erinnerungen an die NS-Zeit.¹⁹² Das NS-Regime konnte als Sozialisationsagentur somit nicht mehr seine volle Wirkungskraft entfalten, doch scheint die Erfahrungsdifferenz zwischen Frühpubertierenden und Kleinkindern nicht unerheblich für die späteren Wahrnehmungs- und Denkmuster gewesen zu sein. Denn diejenigen, die als Heranwachsende noch bewusst mit dem Nationalsozialismus und Krieg(sende) konfrontiert wurden, tendierten zu ähnlichen Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmustern wie die 45er; jene aber, die zu jung für derartige Erinnerungen waren, folgten meistens den Mustern der darauf folgenden Generation. Die politischen Akteure dieser Zwischengeneration bestimmten ebenfalls ab den 1970er Jahren die österreichische Politik, seit den 1980er Jahren in entscheidenden Positionen. Dazu zählen ferner sowohl SPÖ-Politiker wie Franz Vranitzky (*1937), Heinz Fischer (*1938) und Hannes Androsch (*1938) als auch auf der konservativen Seite Alois Mock (*1934), Michael Graff (1937–2008), Heinrich Neisser (*1936) und Thomas Klestil (1932–2004).

Die *Wirtschaftswundergeneration* (geb. 1940–1950) erlebte eine vergleichsweise unbeschwerte Jugend in materiell sicheren Zeiten. Nur die Ältesten konnten sich noch marginal an die mehr als triste Ausgangslage nach Kriegsende erinnern, die von Hunger und Zerstörung großer Teile der Infrastruktur¹⁹³ gekennzeichnet war und nur durch Hilfsaktionen der Alliierten und privaten Einrichtungen abgemildert werden konnte. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte die Wirtschaftswundergeneration in den »langen« 1950er Jahren, die geprägt waren von einem ähnlich starken Wirtschaftswachstum wie in der Bundesrepublik Deutschland.¹⁹⁴ Jener Wirtschaftsboom war ab Mitte der 1950er Jahre von einem Rückzug ins Private begleitet, der seinen

192 Vgl. exemplarisch Fischer 2006, S. 90ff.

193 Vgl. Sandgruber 1995, S. 443ff.

194 Vgl. Bruckmüller 1985, S. 471.

Ausdruck vor allem im ansteigenden Konsumverhalten fand.¹⁹⁵ Die positive sozioökonomische Entwicklung ging aber nicht einher mit den Forderungen einer liberalen Gesellschafts- und Bildungspolitik. Im Sinne eines »Rückbruchs«¹⁹⁶ traten nach 1945 bald restaurative Tendenzen zutage, gegen die ein Teil der österreichischen Jugend ab Mitte der 1960er Jahre aufbegehrt. Im Vergleich zu Frankreich und Deutschland handelte es sich bei »1968« in Österreich zwar sogar in den Augen der einstigen Protagonisten nicht um mehr als eine »heiße Viertelstunde«,¹⁹⁷ doch auch hier erreichte eine Politisierungswelle die Jugend und vor allem die Studenten. Im Gegensatz zum latenten Bürgerkrieg in der Zwischenkriegszeit erfolgte die Politisierung nicht schwerpunktmäßig nach rechts, sondern überwiegend nach links. Obwohl der dem zugrundeliegende Antikommunismus in breiten Bevölkerungskreisen anhielt, »übte ein erneuerter Marxismus [...] einen intellektuellen Zauber auf die akademische Jugend aus. Weit über die Studenten hinaus reichte eine grundsätzlich antiautoritäre Haltung: gegen das »Establishment«, gegen die patriarchalische Familie, gegen die hierarchische Kirche, gegen die Herrschaft der Ordinarien an den Universitäten, gegen die Allmacht des Unternehmers.«¹⁹⁸ Selbst diejenigen, die aus dem katholischen Milieu kamen und nicht sozialistisch orientiert waren, konnten und wollten sich dieser »antiautoritären Welle« nicht verschließen. Auch hier wurde der Ruf nach einer Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft laut.¹⁹⁹ Die Studentenbewegung traf Ende der 1960er Jahre auf eine »politische Gelegenheitsstruktur«²⁰⁰ von aufgestauten sozialen Wandlungsenergien und leeren historischen Räumen. In diese Leerstelle trat sie ein und richtete zunächst ihre Kritik gegen die verkrusteten Strukturen an den Universitäten, alsbald gegen überkommene Autoritäten und Konventionen. Mit der Reformierung des Hochschulwesens entwickelten sich die Hochschulen zu Massenuniversitäten, was mittelfristig dazu führte, dass kaderförmige Gemeinschaftsformen wie der Cartell-Verband oder schlagende Burschenschaften allmählich ihre bis dato hegemoniale universitäre Stellung verloren und an ihrer Stelle basisdemokratische (links-)aktionistische Gruppierungen

195 Vgl. Sandgruber 1995, S. 474ff.

196 Hanisch 1994.

197 Keller 1988.

198 Hanisch 1994, S. 456.

199 Vgl. Welzig 1985, S. 101.

200 Tarrow 1991.

dominierten.²⁰¹ Alternativ zu diesem dominanten Generationstyp kristallisierte sich nicht zuletzt mit dem langjährigen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider (1950–2008) eine Strömung heraus, die rechtskonservativ konnotiert vorbehaltlos die Eltern-Generation, also meistens Protagonisten der Kriegsgeneration, verteidigte.

Anders als die in die HJ gezwungenen 45er hatte die Wirtschaftswundergeneration die freie Entscheidung zum politischen Engagement. Die heranwachsenden Sozialdemokraten engagierten sich in der Sozialistischen Jugend (SJ), im 1953 wieder gegründeten Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) und später im Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ). Dem VSM kam dabei eine Sonderrolle zu, stand er doch bis Mitte der 1960er Jahre unter dem Einfluss der marginalisierten neo-austromarxistischen Linken um den Widerstandskämpfer Josef Hindels (1916–1990), die aufgrund ihrer Erfahrungen im Bürgerkrieg und Nationalsozialismus einen entschiedenen Antifaschismus vertraten.²⁰² Dieses antifaschistische Ethos scheint insofern wirksam gewesen zu sein, als sich viele VSMLer ab Ende der 1950er Jahre gegen die stärker in Erscheinung tretenden rechtsextremistischen Tendenzen in der österreichischen Gesellschaft engagierten und es darüber hinaus ehemalige VSMLer wie Heinz Fischer und der langjährige SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina (*1942) waren, die die Affäre um die nazistischen und antisemitischen Äußerungen des Hochschulprofessors Taras Borodajkewycz Anfang der 1960er Jahre ins Rollen brachten. Dieser Antifaschismus bezog sich immer auf den Widerstand gegen »Ständestaat« *und* Nationalsozialismus, was einer Nivellierung beider Diktaturen zuweilen Vorschub leisten konnte. Die jungen Konservativen hingegen griffen nach 1945 auf die Tradition der Eltern und Großeltern zurück und engagierten sich bei der Katholischen Jugend oder später als Studierende beim Cartellverband. Insbesondere letzterer muss ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit als entscheidende Sozialisationsinstanz der jungen Christlich-Konservativen angesehen werden, der bis heute – wenngleich in abnehmender Tendenz – als Rekrutierungsfeld der ÖVP dient.²⁰³ Der Fall Borodajkewycz, dessen gedächtnisstrukturellen Konsequenzen im nächsten Kapitel dargelegt werden, wird häufig als »Österreich-Vorspiel zu 1968«²⁰⁴ interpretiert, doch fällt ins Auge, dass trotz allem antifaschistischen Engagement die genuin österreichi-

201 Ebner/Vocelka 1998, S. 189ff.

202 Vgl. Svoboda 1986.

203 Vgl. Hartmann 2006, S. 686f.

204 Welzig 1985, S. 45.

sche Beteiligung am Nationalsozialismus und Holocaust »kein Thema der Studentenbewegung«²⁰⁵ war. Nicht zuletzt die in den 1960er und 1970er Jahren vielerorts überstrapazierte marxistische Faschismusinterpretation leistete der Marginalisierung des Holocaust Vorschub – ein Phänomen, das auch in der Bundesrepublik Deutschland und vielen anderen westlichen Gesellschaften zu beobachten war. Nationalsozialismus und Holocaust waren aber auch deshalb kein Thema, weil sie keinen Referenzpunkt hatten, schließlich kam das Gespräch weder in der Schule noch in den Familien auf die österreichische NS-Vergangenheit zu sprechen, wodurch auch mögliche familiäre Verstrickungen aus dem kommunikativen Gedächtnis ausgespart blieben.²⁰⁶ Wenn Vergangenheit vergegenwärtigt wurde, dann wurde meistens auf die innenpolitische Polarisierung der politischen Lager in der Zwischenkriegszeit rekurriert. Diese Erinnerungen wurden in den einzelnen Teilgedächtnissen der politischen Lager auch familiär weitergegeben.²⁰⁷ Die politischen Akteure der Wirtschaftswundergeneration waren die ersten, für die der Nationalsozialismus subjektiv »vergangen« war. Bei Dekodierungsprozessen kann dies von entscheidender Bedeutung sein, da dann keine subjektiven Wahrnehmungen und Verzerrungen der Vergangenheit(en) im Weg stehen. Da der Vorgang der Dekodierung immer auf die Hinterfragung und letztendlich »Auflösung der subjektiven, manipulierten und manipulierenden Zwischenschichten [abzielt], die zwischen der realen und politisch instrumentalisierten Vergangenheit liegen«,²⁰⁸ ist dazu nämlich die betroffene Generation – ob Täter, Opfer oder Zuschauer – oft nicht bereit, sondern überlässt es den nachfolgenden Generationen, die damit bereits aufgrund der fehlenden Selbsterfahrung weniger Probleme hat.²⁰⁹ Aus der Fülle der Akteure seien nur folgende Repräsentanten der Wirtschaftswundergeneration erwähnt: die Bundeskanzler Viktor Klima (*1947) und Wolfgang Schüssel (*1945), Vizekanzler Erhard Busek (*1941), der langjährige ÖVP-Klubobmann und Nationalratspräsident Andreas Khol (*1941), die SPÖ-Politiker Michael Häupl (*1949), Caspar Einem (*1948) und Albrecht Konecny (*1942), die LiF-Gründerin Heide Schmidt (*1948) sowie der langjährige FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider (1950–2008). Das Gros der Grünen rekrutierte sich aus den 1940er und 1950er Jahrgängen. Hier sei nur auf den langjährigen Vorsit-

205 Ebner/Vocelka 1998, S. 149, vgl. auch S. 197f.

206 Vgl. Ziegler/Kannonnier-Finster 1997.

207 Vgl. exemplarisch Konecny 2004.

208 Pelinka 2001, S. 46.

209 Vgl. Loewenberg 1996.

zenden Alexander Van der Bellen (*1944) und die prominenten Grünen-Politiker Terezija Stoitsits (*1958) und Peter Pilz (*1954) verwiesen.

Genuin Politische Generationen sind – auf Österreich bezogen – nach der Wirtschaftswundergeneration bisher nicht mehr zu erkennen. Zwar trat ab Ende der 1970er Jahre auch hier ein neuer politischer Typus auf, der sich mit bisher vernachlässigten Themen wie Ökologie und der Gleichberechtigung der Frau beschäftigte, doch dabei handelte es sich um eine eher hybride Form von »1968«, so dass man die Studentenbewegung in Österreich getrost als »Vorbotin und Vorläuferin der neuen sozialen Bewegungen«²¹⁰ bezeichnen kann. Ebenso fraglich ist die Konstruktion einer »Generation Waldheim«. Zwar gab es nicht wenige, für die die Waldheim-Affäre als selbsternannte »86er« ein Erweckungserlebnis zum politischen Engagement war,²¹¹ doch dabei handelte es sich bloß um einzelne Aktivisten abseits einer übergeordneten generationellen Akteursqualität. Laut Mannheim verhindert ein Mangel an »Kollektivimpulsen« die Überleitung von Generationslagerungen zu Generationszusammenhängen. Insofern ist für Österreich wie für ganz Westeuropa in den letzten Jahrzehnten eine – wenngleich »farbige« – »Bescheidenheit« zu konstatieren: Generationelle Zuschreibungen gehen mit einem »postheroischen« Generationsverständnis einher, welches sich nicht mehr auf das politische Selbstverständnis von Generationen bezieht, sondern vielmehr unpolitisch spezifisch jugendkulturelle Merkmale betont.²¹² Womöglich spielt aber auch die angesprochene Entkopplung von Generationszusammenhang und konkretem gemeinsamen Lebensraum eine Rolle.

Die folgende Abbildung zeigt die verschiedenen Politischen Generationen in Österreich im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert und nennt bekannte Repräsentanten, die für den dominanten Generationstyp ihrer jeweiligen Alterskohorte stehen. Die ihnen zugeordneten Linien zeigen die jeweilige Lebensspanne an, die den Zeitraum der Darstellung teilweise überschreiten. Im Untersuchungszeitraum (1986–2009) der Arbeit sind (noch) fünf der insgesamt aufgeführten sieben Politischen Generationen geschichtspolitisch aktiv.

210 Pelinka 1993a, S. 98.

211 Vgl. Misik 2006.

212 Vgl. Maase 2005.

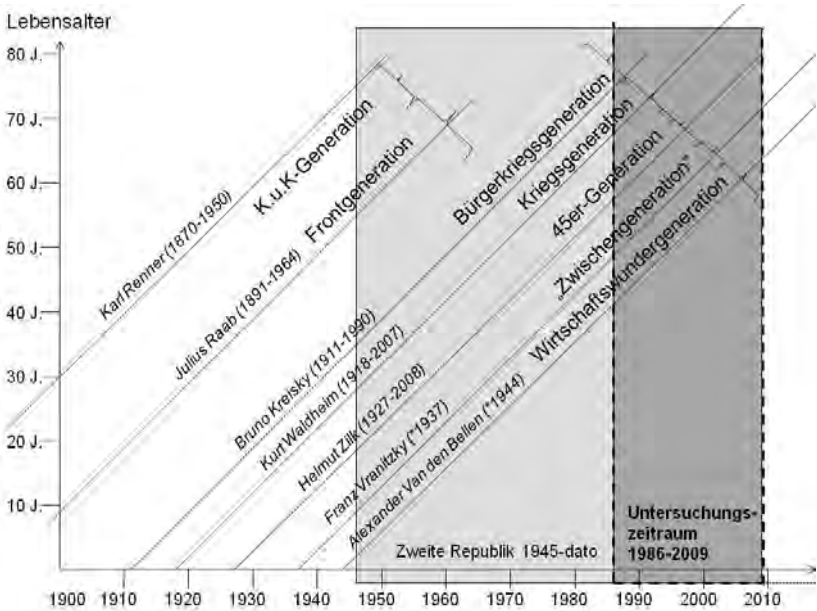


Abbildung 1: Politische Generationen in Österreich.

Folgende generationenspezifische Charakteristika können den Politischen Generationen zugeschrieben werden:

- K.u.K.-Generation (geb. 1870–1880): parlamentarisch-konsensorientiert, an die Tradition des Kaiserreichs gebunden
- Frontgeneration (geb. 1881–1900): konfrontativ, demokratisch-defizitär, NS-involviert
- Bürgerkriegsgeneration (geb. 1901–1912): polarisiert, gewaltbereit, NS-involviert
- Kriegsgeneration (geb. 1913–1925): kriegs- und NS-involviert, demokratisch-lernend
- 45er-Generation (geb. 1922–1931): geprägt von HJ und NS-Ideologie, wiederaufbauorientiert-technokratisch
- »Zwischengeneration« (geb. 1932–1939)
- Wirtschaftswundergeneration (geb. 1940–1950): demokratisch-reformorientiert (partiell mit nicht-dominanten rechtskonservativen Einflüssen)

4. Fragestellungen und Hypothesen

Nach der Vorstellung der theoretischen und methodischen Zugänge kann nunmehr das Forschungsinteresse präzisiert und mit Hypothesen für die Untersuchung verknüpft werden. Im Mittelpunkt der Fragestellungen steht die geschichts- und vergangenheitspolitische (Neu-)Positionierung der parteipolitischen Akteure nach 1986 im Spannungsfeld des kollektiven Gedächtnisses. Dabei liegt der Schwerpunkt der Untersuchung einerseits auf der Generationenabfolge und – indirekt damit verknüpft – dem Wandel des österreichischen Parteiensystems als mögliche endogene Gründe für jenen Positionswechsel. Andererseits sollen exogene Aspekte wie das Ende des Kalten Krieges und der österreichische EU-Beitritt im Zusammenspiel mit entgrenzten supranationalen Narrativen und subkutanen Handlungsimpulsen mit in die Analyse der österreichischen Geschichts- und Vergangenheitspolitik aufgenommen werden.

Hinsichtlich der Generationsthematik hat das vorherige Teilkapitel ja bereits angeschnitten, wie verwoben parteiideologische Narrative und Handlungen mit der jeweiligen Generationserfahrung und ihrer nachträglichen Deutung durch die politischen Akteure sein können. Daher interessieren mich sowohl die geschichts- und vergangenheitspolitischen Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien als auch die Unterschiede innerhalb der Parteien im Untersuchungszeitraum: Inwiefern spielen (partei-)ideologische oder generationsspezifische Aspekte bei der Neuverhandlung der NS-Vergangenheit eine Rolle und worauf lassen sie sich zurückführen? Anzunehmen ist, dass die generationsspezifischen Aspekte unmittelbar nach Ausbruch der Waldheim-Affäre stärker zutage traten als in den 1990er und 2000er Jahren, da zu diesem Zeitpunkt noch Angehörige jener Generationen politisch aktiv waren, für die der Nationalsozialismus noch einen direkten Erfahrungshintergrund hatte. Es ist zu vermuten, dass der 40-jährige Rekurs auf die Opferthese tiefe Spuren in den Wahrnehmungs- und Deutungsmustern der betroffenen Bürgerkriegs-, Kriegs- und teilweise 45er-Generation hinterließ und deren Protagonisten daher weitaus weniger zu einer Dekodierung der NS-Vergangenheit bereit waren als die nachfolgenden Jahrgänge. Denn diese waren auf die Opferthese weder als funktionales Moment zur gesellschaftlichen und intragenerationellen Befriedung noch aufgrund biografischer Verarbeitungsmuster angewiesen. Existentielle und sozioökonomische Krisen waren diesen Akteuren fremd, weshalb für sie – so meine Annahme – eine